Die
Volkspartei

Tätigkeitsbericht 2022 – 2025

der Österreichischen Volkspartei

41. ordentlicher Bundesparteitag

Inhalt

Bundespartei 4
ÖVP-Parlamentsklub 6
Europa und Internationales 13
Campus Tivoli 15

Teilorganisationen
Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund 17
Österreichischer Bauernbund 19
Österreichischer Wirtschaftsbund 22
ÖVP Frauen 24
Junge Volkspartei 26
ÖVP Senioren 28

Landesparteien
Burgenland 30
Kärnten 34
Niederösterreich 36
Oberösterreich 38
Salzburg 40
Steiermark 43
Tirol 48
Vorarlberg 49
Wien 52

Verantwortung für Österreich – Gestern. Heute. Morgen.

Staatstragend – kein anderes Wort beschreibt die Volkspartei besser. Seit Jahrzehnten sind wir die verlässliche Kraft, die Österreich durch Herausforderungen führt, Stabilität sichert und Verantwortung übernimmt. Von der Gründung der Republik über den Wiederaufbau bis in die Gegenwart war es die Volkspartei, die unser Land gestaltet und durch Krisenzeiten gesteuert hat – mit klarem Kurs, Weitblick und dem Ziel, Österreich stark und souverän zu halten.

Auch heute bleibt unser Anspruch derselbe: Eine Politik, die Österreich sichert. Die weltweiten Krisen der letzten Jahre – von der Corona-Pandemie bis zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Teuerungskrise – haben gezeigt, Stabilität und Verlässlichkeit sind keine Selbstverständlichkeit. Doch gerade in herausfordernden Zeiten ist es die Volkspartei, die Verantwortung übernimmt und das Land auf Kurs hält. Während andere Polarisierung betreiben, setzen wir auf eine Politik, die jene unterstützt, die arbeiten, einen Beitrag leisten und unser Land tragen.

Wir haben das Staatsganze im Blick und sichern damit die Zukunft: Eine starke Wirtschaft, ein gerechtes Sozialsystem, ein entschlossenes Vorgehen gegen illegale Migration und ein klares Bekenntnis zu unserer Neutralität und Sicherheit. Österreich braucht eine Kraft, die weiß, dass Wohlstand, Sicherheit und Souveränität nicht selbstverständlich sind – eine Kraft, die Österreich mit Augenmaß, Verantwortung und Weitsicht regiert.

Unseren Weg fortsetzen. Für Österreich.

In den vergangenen Jahren konnte die Volkspartei ihre führende politische Position auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene behaupten. Im Jahr 2022 erreichte die Volkspartei bei den Tiroler Landtagswahlen unter Anton Mattle 34,7 Prozent, während die Gemeinderatswahlen im Burgenland mit 39,9 Prozent unsere kommunale Stärke bestätigten. 2023 konnten wir bei mehreren Landtagswahlen unsere Stärke unter Beweis stellen: In Niederösterreich erzielte Johanna Mikl-Leitner 39,9 Prozent und in Kärnten konnte Martin Gruber mit 17 Prozent einen Zugewinn von 1,6 Prozentpunkten verbuchen. In Salzburg blieb die Volkspartei mit 30 Prozent stärkste Kraft, und Wilfried Haslauer wurde erneut Landeshauptmann.

Das Superwahljahr 2024 begann mit der Gemeinderatswahl in Salzburg, bei der wir mit 39,9 Prozent wieder deutlich stärkste Kraft wurden und unsere Rolle als Bürgermeisterpartei verteidigten. Es folgte die Europawahl im Juni, bei der Spitzenkandidat Reinhold Lopatka mit seinem 9-Punkte-Programm für ein zukunftsfähiges Europa warb. Die Kampagne umfasste 800 Verteilaktionen, 15 Laufveranstaltungen und über 200 Besuche von Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der Wahl erreichte die Volkspartei 24,5 Prozent – damit trennten uns nur 0,9 Prozentpunkte vom Wahlsieg, was uns zu diesem Zeitpunkt niemand zugetraut hat. Im Anschluss folgte der Nationalratswahlkampf, bei dem der ehemalige Bundesparteiobmann Karl Nehammer durch ganz Österreich tourte. Mitglieder und Funktionäre tauschten sich im Rahmen der Bundesländertage mit dem Regierungsteam aus. Am Wahltag erzielte die Volkspartei nach einer erfolgreichen Aufholjagd 26,3 Prozent, musste jedoch Verluste hinnehmen. In Vorarlberg konnte Markus Wallner mit 38,3 Prozent den ersten Platz halten, in der Steiermark erreichte die Volkspartei trotz schwieriger Ausgangslage 26,8 Prozent.

Mit der Burgenländischen Landtagswahl startete das Wahljahr 2025, wo die Volkspartei 21,97 Prozent erzielte. Bei den Gemeinderatswahlen bestätigte die Volkspartei anschließend ihre kommunale Dominanz mit 46,9 Prozent in Niederösterreich, als stärkste Partei in Vorarlberg (Stichwahlen Ende März ausstehend) und mit 43,7 Prozent in der Steiermark. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen bleibt die Volkspartei die bestimmende Kraft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre unterstreichen die anhaltende Unterstützung der Bevölkerung und das Vertrauen in die gestaltende Rolle unserer Partei.

Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.

Die Bildung der neuen Bundesregierung markiert einen entscheidenden Moment für unser Land. In einer Zeit großer Herausforderungen hat die Volkspartei erneut bewiesen, dass sie bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und das Richtige für Österreich zu tun. Unser Anspruch war es von Anfang an, Stabilität und Handlungsfähigkeit zu garantieren, statt Chaos und Stillstand Raum zu geben.

Diese historischen Regierungsverhandlungen waren zwar anfangs von Turbulenzen geprägt, haben jedoch durch die Kompromissbereitschaft aller Verhandlungspartner zu einem positiven Ergebnis geführt – frei nach dem Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut!“ Mit einer klaren Fokussierung auf die großen Zukunftsfragen hat die Volkspartei in den Koalitionsverhandlungen entscheidende Weichen gestellt. Unser Ziel war es, rasch Prioritäten zu setzen, die unser Land wirtschaftlich stärken, den Sozialstaat sichern und die Sicherheit der Bevölkerung garantieren. Dabei haben wir insbesondere die Themen Wirtschaftsstandort, Sicherheit, Familie, Integration und Staatsfinanzen in den Mittelpunkt gestellt.

Mit einem kompetenten Regierungsteam unter der Führung von Bundeskanzler Christian Stocker stellen wir sicher, dass Stabilität und Handlungsfähigkeit in der Bundesregierung gewahrt bleiben. Jetzt ist es Zeit, die Herausforderungen mit Entschlossenheit anzugehen und das Beste für Österreich zu erreichen. Die Volkspartei ist bereit, die Zukunft unseres Landes aktiv zu gestalten und mit Mut und Optimismus die notwendigen Reformen umzusetzen. Denn unser Ziel ist es, Österreich als eines der lebenswertesten Länder der Welt in eine sichere und erfolgreiche Zukunft zu führen.

Das neue Team in der Bundespartei.

Mit der Übernahme unseres geschäftsführenden Bundesparteiobmannes Christian Stocker änderte sich auch die Struktur der Bundespartei. Mit dem Wechsel in die Bundesregierung führen seit Anfang März Nico Marchetti als Generalsekretär und Dominik Ramusch als Bundesgeschäftsführer die Geschicke der Bundespartei. Damit wurden die personellen Weichen für die kommenden Jahre gestellt – für eine Volkspartei, die weiterhin in verantwortungsvollen und fähigen Händen liegt und bereit ist, Neues zu wagen. Ein besonderer Dank gilt dem ehemaligen Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Karl Nehammer, der unser Land nicht nur durch schwere Krisen geführt hat, sondern unermüdlichen Einsatz für die Volkspartei im Wahlkampf und den anschließenden Regierungsverhandlungen gezeigt hat.

Fact/Info.

Seit Jahrzehnten sind wir die verlässliche Kraft, die Österreich durch Herausforderungen führt, Stabilität sichert und Verantwortung übernimmt.

ÖVP-Parlamentsklub

2022

Das Jahr 2022 war seit dem 40. ao. ÖVP-Bundesparteitag am 14. Mai 2022 von umfangreichen Entlastungsmaßnahmen für Land und Leute geprägt. Neben dem dritten Entlastungspaket mit 28 Milliarden Euro und der Entlastung durch die Ökosoziale Steuerreform in Höhe von rund 18 Milliarden Euro waren vor allem die Abschaffung der „Kalten Progression“ mit einer (Anm.: zum damaligen Zeitpunkt) erwarteten Gesamtentlastung von über 20 Milliarden bis 2026 und das für die Gemeinden bedeutende vierte Gemeindepaket im Ausmaß von einer Milliarde Euro markante Meilensteine, die den parlamentarischen Prozess erfolgreich passierten.
Daneben wurde die Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes am Ring im Herbst 2022 nach etwas mehr als fünf Jahren abgeschlossen. Der Wiedereinzug des ÖVP-Parlamentsklubs wurde schließlich im Dezember abgeschlossen. Die Chronologie der Ereignisse aus der Arbeit des ÖVP-Parlamentsklubs gestaltete sich von Mai bis Jahresende 2022 wie folgt:

Am 23. Juni 2022 schlug das Klubpräsidium die Nationalratsabgeordnete Gabriela Schwarz als Kandidatin für die Nachfolge Amons in der Volksanwaltschaft vor. Dieser wechselte als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung.

Am 4. Juli 2022 erschien in Kooperation von ÖVP-Parlamentsklub und ÖVP-Bundespartei der Informationsfolder „Die Zukunft der Pflege ist gesichert. Eine Milliarde Euro – 20 Maßnahmen“.

In der Nationalratssitzung vom 8. Juli 2022 wurde Gabriela Schwarz durch die Abgeordneten zur neuen Volksanwältin gewählt – ihre Angelobung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen erfolgte am 11. Juli 2022. Karl Schmidhofer folgte der nunmehrigen Volksanwältin im Nationalrat nach.

Am 13. September 2022 startete der ÖVP-Parlamentsklub mit einer Klubtagung in Tulln in die Herbstarbeit.

Am 19. und 20. September 2022 begab sich der ÖVP-Parlamentsklub dann wieder auf Wallfahrt, mit der Basilika Sonntagberg als Ziel.

Karl Schmidhofer, Nachfolger von Volksanwältin Gabriela Schwarz im Nationalrat, wurde zu Beginn des Plenartages am 21. September 2022 angelobt.

Am 23. September 2022 wurde Nationalratsabgeordneter Christian Stocker zum neuen ÖVP-Generalsekretär bestellt.

Die Tiroler Landtagswahlen am 25. September 2022 sorgten bei ÖVP und Grünen – den beiden Koalitionspartnern in der Bundesregierung – zwar für Verluste, die Mehrheit der Regierungsparteien im Bundesrat mit 31 von 61 Sitzen konnte aber gehalten werden.

Am 11. Oktober 2022 fand im Figl-Zimmer des ÖVP-Klubs ein Strategie- und Fachgespräch zum Thema „Jagd“ statt. Im Anschluss an die am Nachmittag angesetzte Klubsitzung gab ein Bürgermeistergespräch zum Thema „Gelegenheitsverkehr – Schüler- und Kindergartentransport“ im Raab-Zimmer die Möglichkeit zum Austausch, bevor in der Kapelle der Hofburg ein Ökumenischer Gottesdienst für die Abgeordneten zum Nationalrat sowie die Mitglieder des Bundesrates gefeiert wurde.

Am Plenartag des 12. Oktober 2022 hielt Finanzminister Magnus Brunner seine erste Budgetrede vor dem Nationalrat. Der ÖVP-Parlamentsklub lud die Medien vor Eingang in die Sitzung zur Foto- und Filmaktion „Große Herausforderungen – historische Entlastung!“, um einen guten, sichtbaren Überblick über die zahlreichen Beschlüsse in dieser Plenarwoche – von der Abschaffung der „Kalten Progression“ bis zur Anhebung der Pensionen – zu bieten.

Der Nationalfeiertag am 26. Oktober 2022 bot vor der offiziellen Wiedereröffnung des historischen Hauses am Ring im Jänner 2023 eine letzte Möglichkeit, den „Tag der offenen Tür“ im Ausweichquartier des Parlaments in der Hofburg zu besuchen.

Im Zuge des Wiedereinzugs in das renovierte historische Parlamentsgebäude sowie seine Nebengebäude übersiedelten am 27. und 28. Oktober 2022 die ÖVP-Nationalratsabgeordneten sowie ihre parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die neuen Büros bzw. Räumlichkeiten in der Reichsratsstraße 1.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger war in Wien am 3. November dann Gastgeber für die Tagung der ÖVP-Klubobleute aus den Landtagen.

ÖVP-Kultursprecherin und Nationalratsabgeordnete Maria Großbauer lud am 29. November 2022 zu einer „Kultur-Konferenz“ in den ÖVP-Parlamentsklub ein. Auf dem Programm der Konferenz stand unter anderem ein politischer Impuls durch ÖVP-Klubobmann August Wöginger. Im Anschluss an die Kultur-Konferenz lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Konferenzteilnehmerinnen bzw. -teilnehmer zu einer Führung zum Thema Architektur und Kunst im frisch renovierten Parlamentsgebäude.

Im Zeitraum vom 8. bis zum 11. Dezember 2022 übersiedelte der ÖVP-Parlamentsklub nach mehr als fünf Jahren vom Ausweichquartier am Heldenplatz zurück in das renovierte Parlament am Ring.

2023

Im ersten Kalenderjahr, in dem das historische Parlament wieder das Zentrum der Demokratie bildete, standen weiterhin Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Bevölkerung und den Standort im Fokus. Exemplarisch dafür waren der weiter fortgesetzte Kurs bei der Ökosozialen Steuerreform – mit einer Senkung der dritten Einkommensteuerstufe von 42 auf 41 Prozent bzw. 40 Prozent ab 2024, dem erhöhten Pendlerpauschale oder der Absenkung der Körperschaftsteuer von bisher 25 auf 24 Prozent und 2024 von 24 auf 23 Prozent – oder die Effekte aus der Abschaffung der „Kalten Progression“. Ein Meilenstein konnte mit der jährlichen Valorisierung der Sozialleistungen gesetzt werden: Seit 1. Jänner 2023 werden Leistungen von der Studien- und Schülerbeihilfe über das Kinderbetreuungsgeld bis hin zur Familienbeihilfe an die Inflation angepasst – wodurch vor allem Familien mit Kindern profitieren.

Die Ereignisse des Jahres 2023 in chronologischer Reihenfolge:

Am 9. Jänner 2023 erschien die Broschüre des ÖVP-Parlamentsklubs „So werden Sie im Jahr 2023 entlastet. Große Herausforderungen – historische Entlastung“.

Die erste Klubsitzung des ÖVP-Parlamentsklubs im generalsanierten Parlamentsgebäude und im ebenfalls renovierten Alois-Mock-Saal (ehemals großer Klubsitzungssaal) fand am 11. Jänner 2023 statt.

Am 12. Jänner 2023 kam es zur offiziellen Eröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes. Nach zunächst getrennten Festakten von Nationalrat und Bundesrat im Bundesratssitzungssaal und im Nationalratssitzungssaal fand ein gemeinsamer großer Festakt im Bundesversammlungssaal statt.

Zwei „Tage der offenen Tür“ im sanierten Parlamentsgebäude zeigten am 14. und 15. Jänner 2023 mit rund 25.000 Besucherinnen und Besuchern das große Interesse der Menschen am Parlament.

Am 26. Jänner 2023 wurde der wiedergewählte Bundespräsident Alexander Van der Bellen im historischen Sitzungssaal angelobt.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde am Plenartag des 29. März 2023 eine Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in den Sitzungssaal übertragen.

Am 27. April 2023 endete der Untersuchungsausschuss betreffend „Klärung von Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-Regierungsmitglieder“ mit der Kenntnisnahme des Abschlussberichtes durch den Nationalrat offiziell.

Den Europatag beging man am 4. Mai 2023 mit einem Festakt im Plenarsaal des Nationalrates. Mit dabei waren EU-Kommissar Johan-

nes Hahn und Bundeskanzler Karl Nehammer. Am gleichen Tag fanden auch ein Gedenkrundgang und eine Gedenkveranstaltung an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen anlässlich der Befreiung der Konzentrationslager Mauthausen und Gusen statt.

Am 5. Mai 2023 war der historische Sitzungssaal des Parlaments auf Initiative von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Veranstaltungsort der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

Im oberösterreichischen St. Wolfgang fand am 30. und 31. Mai eine Abgeordnetenkonferenz statt.

Der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, segnete am 13. Juni 2023 den ÖVP-Parlamentsklub im Alois-Mock-Saal.

Am 6. Juli 2023 erschien die Broschüre „Mit ganzer Kraft für die Menschen“, die in Zusammenarbeit von ÖVP-Parlamentsklub und ÖVP-Bundespartei entstanden war.

Am 18. und 19. September 2023 erfolgte mit der traditionellen Wallfahrt des ÖVP-Parlamentsklubs mit darauffolgender Klubtagung in St. Wolfgang der Startschuss für die Herbstarbeit.

Nationalratsabgeordneter Laurenz Pöttinger trat am 4. Oktober 2023 seine neue Funktion als ÖVP-Kultursprecher an und folgte damit Maria Großbauer nach.

Am 9. Oktober 2023 wurden EU-Parlamentarierin Simone Schmiedtbauer und Bundesratsfraktionsvorsitzender Karlheinz Kornhäusl als Agrarlandesrätin bzw. als Gesundheitslandesrat in die Steiermärkische Landesregierung berufen.

Juliane Bogner-Strauß kehrte am 19. Oktober 2023 aus der Steirischen Landesregierung auf ihr Nationalratsmandat zurück, Karl Schmidhofer verließ den Nationalrat.

Der „Tag der offenen Tür“ am 26. Oktober 2023 im Parlamentsgebäude am Ring sorgte wieder für großes Publikumsinteresse. Anlässlich des Nationalfeiertages unterstützten die Abgeordneten des ÖVP-Klubs die ÖVP-Kampagne „Glaub an Österreich“ mit Foto-Postings in den sozialen Medien.

Am 6. November 2023 folgte die Salzburger Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler dem zuvor in die Steirische Landesregierung berufenen Karlheinz Kornhäusl als Vorsitzende der Bundesratsfraktion der Volkspartei nach.

Wolfram Pirchner wurde schließlich am 8. November 2023 als Nachfolger von Simone Schmiedtbauer in Brüssel als Europaabgeordneter angelobt.

Anlässlich des 85. Jahrestages der Novemberpogrome im Jahr 1938 lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 9. November 2023 zu einer Gedenkveranstaltung ins Parlament.

Am 24. November 2023 wurden zwei Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Nationalrat eingebracht. SPÖ und FPÖ begehrten die Untersuchung der COVID-Finanzierungsagentur COFAG, während die Volkspartei ebenfalls ihr Recht in Anspruch nahm und eine parlamentarische Untersuchung im Kontext von „rot-blauem Machtmissbrauch“ initiierte.

2024

Das Jahr 2024 war von den nach wie vor bestehenden großen Herausforderungen durch Teuerung und Inflation geprägt. Neben intensiver Arbeit für Österreich und die Menschen war das Jahr von richtungsentscheidenden Wahlkämpfen gekennzeichnet: den Wahlen zum Europäischen Parlament, den Nationalratswahlen sowie den Landtagswahlen in Vorarlberg und der Steiermark. Mit dem Rückenwind des achtbaren EU-Wahlergebnisses vom 9. Juni (FPÖ 25,36 Prozent, ÖVP 24,52 Prozent, SPÖ 23,22 Prozent, Grüne 11,08 Prozent und Neos 10,14 Prozent), einem starken Wahlkampf sowie einer ambitionierten Aufholjagd auf die FPÖ erreichte die Volkspartei mit 26,27 Prozent und dem zweiten Platz bei den Nationalratswahlen ein solides Ergebnis. Das Wahlresultat im Detail: FPÖ 28,85 Prozent, ÖVP 26,27 Prozent, SPÖ 21,14 Prozent, Neos 9,14 Prozent und Grüne 8,24 Prozent. Für die Zusammensetzung des Nationalrats bedeutete das Wahlresultat für die XXVIII. Gesetzgebungsperiode in Mandaten Folgendes: FPÖ 57 Abgeordnete, ÖVP 51 Mandatarinnen und Mandatare, SPÖ 41 Abgeordnete, Neos 18 Mandate und Grüne 16 Abgeordnete. Die mit der Neukonstituierung des Nationalrats am 24. Oktober 2024 zu Ende gegangene XXVII. Gesetzgebungsperiode war die in der Geschichte längste bisher. Sie ging über volle fünf Jahre und über insgesamt 1.828 Tage, was sie mit einem Tag Vorsprung – vor der XXIV. Legislaturperiode von 2008 bis 2013 – zur Rekordhalterin macht.

Die Chronik des Jahres 2024 im Überblick:

Am 10. Jänner 2024 wurde der 80. Geburtstag von Professor Werner Zögernitz mit einem Festakt und der Präsentation der Festschrift „Ein Leben für den Parlamentarismus“ feierlich begangen.

ÖVP-Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka, Vorsitzender des EU-Ausschusses sowie außen- und europapolitischer Sprecher der Volkspartei, wurde am 15. Jänner 2024 vom Bundesparteivorstand als Spitzenkandidat der ÖVP für die Europawahlen am 9. Juni 2024 nominiert.

Am 6. März 2024 kam es zum Start der Befragungen im „COFAG“-Untersuchungsausschuss, der von SPÖ und FPÖ beantragt worden ist.

Die Befragungen im Untersuchungsausschuss „Rot-Blauer Machtmissbrauch“, den die Volkspartei begehrt hatte, begannen schließlich am 13. März 2024.

Am 14. März 2024 trat der Bauherrenausschuss – das parlamentarische Gremium, das die Sanierung bzw. Renovierung des Parlamentsgebäudes begleitete – letztmals zusammen. Das Projekt Sanierung bzw. Renovierung war damit auch formal abgeschlossen. Insgesamt beliefen sich die Kosten auf 430,4 Millionen Euro und lagen somit um lediglich 1,8 Prozent über der veranschlagten Summe.

Auf Initiative von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka fand am 8. April 2024 eine Gedenkveranstaltung gegen Antiziganismus und Diskriminierung der Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti im Parlament statt.

Am 3. Mai 2024 luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und die Präsidentin des Bundesrates Margit Göll zur „Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ in den Bundesversammlungssaal.

In inhaltlicher Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich veranstaltete Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 6. Mai 2024 den „Festakt zum Europatag 2024: Europa macht stark“.

Auf Einladung von Klubobmann-Stellvertreter Georg Strasser und Abgeordnetem Hermann Gahr fand man sich am 14. Mai 2024 zur ÖVP-Klubenquete „Spannungsfeld Wolf: Politische Vorhaben und europäische Entwicklungen“ ein.

Am 15. Mai 2024 gab der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Theodoros Rousopoulos, anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung des Europarats eine Erklärung vor dem Plenum des Nationalrates ab.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 erreichte die ÖVP den zweiten Platz. Die FPÖ erzielte 25,36 Prozent der Stimmen, die ÖVP 24,52 Prozent, die SPÖ 23,22 Prozent, die Grünen 11,08 Prozent und Neos 10,14 Prozent. Die Volkspartei erhielt dem Ergebnis folgend fünf Mandate.

Am 24. und 25. Juni 2024 fand auf Einladung des ÖVP-Parlamentsklubs eine zweitägige Abgeordnetenkonferenz in St. Wolfgang statt. Die inhaltlichen Leitlinien dabei: Leistung, Familie, Sicherheit.

Der Hauptausschuss beschloss am 27. Juni 2024 auf Antrag der Bundesregierung den

ÖVP-Parlamentsklub

29. September als Termin für die Nationalratswahl 2024.

Am 1. Juli 2024 übernahm der Wiener Bundesrat Harald Himmer den Vorsitz der ÖVP-Bundesratsfraktion von der Salzburger Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler.

Die Steirerin Kerstin Fladerer folgte am 3. Juli 2024 im Nationalrat auf Reinhold Lopatka, der als Europaabgeordneter die Delegation der ÖVP in Brüssel und Straßburg leitet.

Mit der Behandlung der Abschlussberichte des „COFAG"-Untersuchungsausschusses und des „Rot-Blauer-Machtmissbrauch"-U-Ausschusses im Zuge des Nationalratsplenums am 3. Juli 2024 endete die Arbeit beider U-Ausschüsse offiziell.

Der Hauptausschuss bestätigte am 12. August 2024 die Nominierung von Magnus Brunner für das Amt des österreichischen EU-Kommissars.

Am 29. September 2024 wählte Österreich den Nationalrat. Die Volkspartei kam dabei auf den zweiten Platz hinter der FPÖ, aber deutlich vor der SPÖ (FPÖ 28,8 Prozent; ÖVP 26,3 Prozent; SPÖ 21,1 Prozent; Neos 9,1 Prozent; Grüne 8,2 Prozent. In Mandaten bedeutet das: FPÖ 57; ÖVP 51; SPÖ 41; Neos 18; Grüne 16).

Bei den Landtagswahlen in Vorarlberg erreichte die Volkspartei am 13. Oktober 2024 klar den ersten Platz, mit über zehn Prozent Vorsprung auf die zweitplatzierte FPÖ.

Die ÖVP behielt damit ihre beiden Vorarlberger Mandate im Bundesrat, der dritte Sitz des Bundeslandes in der Länderkammer wanderte von den Grünen zur FPÖ. Für die in den Nationalrat gewechselte ÖVP-Bundesrätin Heike Eder rückte Christoph Thoma für die ÖVP im Bundesrat nach.

Am 23. Oktober 2024 konstituierte sich der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei für die XXVIII. Legislaturperiode. Dabei wurde Bundesparteiobmann Karl Nehammer zum neuen Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs und August Wöginger zum geschäftsführenden Klubobmann einstimmig gewählt. Klubobmann-Stellvertreter wurden die Nationalratsabgeordneten Juliane Bogner-Strauß, Kurt Egger, Michael Hammer und Georg Strasser sowie Bundesratsfraktionsvorsitzender Harald Himmer und die Europaabgeordnete Angelika Winzig.

Der Nationalrat trat am 24. Oktober 2024 zu seiner konstituierenden Sitzung für die XXVIII. Legislaturperiode zusammen. Im Rahmen der Sitzung wurde auch das Nationalratspräsidium neu gewählt: Nationalratspräsident wurde Walter Rosenkranz, FPÖ, Zweiter Präsident wurde der ÖVP-Mandatar Peter Haubner, das Amt der Dritten Präsidentin ging an Doris Bures, SPÖ.

Der ÖVP-Klub und seine Abgeordneten standen am 26. Oktober 2024 interessierten Besucherinnen und Besuchern am traditionellen „Tag der offenen Tür" wieder für regen Austausch und Gespräche zur Verfügung.

Am 12. November 2024 hielt der Bundesrat mit seinem Präsidenten Franz Ebner an der Spitze eine Enquete zum Thema „Demokratie braucht Zukunft – Brücken bauen, Demokratie stärken" ab.

Am 20. November 2024 rückte nach dem Mandatsverzicht durch den nominierten EU-Kommissar Magnus Brunner der Niederösterreicher Andreas Hanger in den Nationalrat nach.

Bei den steirischen Landtagswahlen am 24. November 2024 belegte die ÖVP den zweiten Platz hinter der FPÖ, aber deutlich vor der SPÖ. Für die steirische Mandatsaufteilung im Bundesrat bedeutete das für die Volkspartei künftig drei der insgesamt neun Mandate, statt wie bislang vier. Für die ÖVP neu in den Bundesrat kam Antonia Herunter.

2025

Das von Jubiläen geprägte Jahr – 80 Jahre Zweite Republik, 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs und Befreiung vom NS-Terror, 80 Jahre Volkspartei, 70 Jahre Staatsvertrag und 30 Jahre EU-Beitritt Österreichs – startete durch das Scheitern der ersten Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und Neos turbulent: Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Karl Nehammer trat daraufhin aus seinen politischen Funktionen zurück, ihm folgte der bis dahin als ÖVP-Generalsekretär fungierende Nationalratsabgeordnete Christian Stocker an der Spitze der Volkspartei nach. Nachdem es in weiterer Folge zu fünf Verhandlungswochen zwischen FPÖ und ÖVP über eine Regierungsbildung kam, scheiterten diese am Machtrausch der Kickl-FPÖ, deren Obmann lediglich acht Stunden persönlich an den Verhandlungen teilgenommen hatte. ÖVP, SPÖ und Neos nahmen danach wieder Verhandlungen auf, die auch in einem Koalitionspakt mit der Prämisse „Das Richtige tun. Für Österreich" mündeten. Als es nach 155 Tagen seit der Wahl – dem bis dahin längsten Zeitraum zwischen einer Nationalratswahl und der Bildung einer neuen Regierung – schließlich am 3. März 2025 zur Angelobung der Bundesregierung Stocker kam, war insgesamt über 105 Tage verhandelt worden, ÖVP-Klubobmann August Wöginger war dabei 800 Stunden im Einsatz.

Die Ereignisse des Jahre 2025 in chronologischer Reihenfolge:

Nach dem Rückzug von Karl Nehammer am 5. Jänner 2025 bestellte der ÖVP-Bundesparteivorstand den bisherigen ÖVP-Generalsekretär und Nationalratsabgeordneten Christian Stocker zum geschäftsführenden Bundesparteiobmann. Der bisherige Bundesgeschäftsführer Alexander Pröll folgte Christian Stocker in der Funktion des ÖVP-Generalsekretärs nach.

Am 9. Jänner 2025 wurde Bundesministerin und ÖVP-Nationalratsabgeordnete Karoline Edtstadler durch den Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer als seine Nachfolgerin vorgestellt – an der Spitze des Landes und als Landesparteiobfrau der Salzburger Volkspartei. Am 2. Juli 2025 wird sie sich dem Salzburger Landtag der Wahl zur Landeshauptfrau stellen.

Am 10. Jänner 2025 wurde Außenminister Alexander Schallenberg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit dem einstweiligen Vorsitz der Übergangsregierung betraut.

Der am Vortag aus seiner Funktion als Bundeskanzler ausgeschiedene Karl Nehammer verzichtete am 11. Jänner 2025 auch auf sein Nationalratsmandat.
Bei den Landtagswahlen im Burgenland am 19. Jänner 2025 belegte die ÖVP hinter SPÖ und FPÖ den dritten Platz und verlor das burgenländische ÖVP-Bundesratsmandat.

Am 21. Jänner 2025 wurde August Wöginger – zuvor geschäftsführender Klubobmann – neuerlich einstimmig zum Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs gewählt.

Im Rahmen der ersten Nationalratssitzung des Jahres 2025 gab der interimistisch mit dem Vorsitz der Bundesregierung betraute Bundesminister Alexander Schallenberg am 22. Jänner seine Regierungserklärung ab. Außerdem wurde Johanna Jachs als Nationalratsabgeordnete für die Volkspartei angelobt und folgte Claudia Plakolm nach.

Am 24. Jänner 2025 richteten der Campus Tivoli – wie die Politische Akademie der ÖVP seit Beginn der Präsidentschaft von Wolfgang Sobotka in Anlehnung an ihre Adresse heißt – gemeinsam mit dem ÖVP-Parlamentsklub und dem Wilfried Martens Centre for European Studies anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau eine Gedenkveranstaltung aus.

ÖVP-Bundesparteiobmann Christian Stocker, SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler und Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger präsentierten am 27. Februar 2025 im Parlament das Arbeitsprogramm „Jetzt das Richtige tun. Für Österreich" der künftigen Regierung.

Am 28. Februar 2025 stellte ÖVP-Bundesparteiobmann Christian Stocker das ÖVP-Team in der künftigen Regierung vor. Aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten wurden neben Christian Stocker als Bundeskanzler sodann Claudia Plakolm als Ministerin für Familie, Jugend, EU und Integration und Wolfgang Hattmannsdorfer als Wirtschaftsminister präsentiert. Die

ÖVP-Parlamentsklub

im Nationalrat vertretene Ministerin bzw. vertretenen Minister der Übergangsregierung – Klaudia Tanner, Gerhard Karner und Norbert Totschnig – wurden für ihre bisherigen Ressorts Landesverteidigung, Inneres und Landwirtschaft nominiert.

Die Bundesregierung mit Bundeskanzler Christian Stocker an der Spitze gab am 7. März 2025 im Plenum des Nationalrats ihre Regierungserklärung ab.

Am 13. März 2025 gab die neue Bundesregierung auch vor dem Bundesrat ihre Regierungserklärung ab.

Fact/Info.

Der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei besteht derzeit aus 51 Nationalratsabgeordneten, 23 Bundesrätinnen bzw. Bundesräten und fünf EU-Mandatarinnen bzw. -Mandataren. Insgesamt ist der ÖVP-Parlamentsklub mit 79 Mandatarinnen und Mandataren somit der größte Klub im Parlament.

Europa & Internationales

Zwischen geopolitischer Herausforderung und wirtschaftlicher Transformation.

Der Berichtszeitraum ist geprägt von tiefgreifenden geopolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen als Folge der transatlantischen Verwerfungen nach der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus.
Während der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die sicherheitspolitische Landschaft Europas grundlegend verändert hat, stehen gleichzeitig die wirtschaftlichen Herausforderungen im Mittelpunkt der europäischen Agenda. Hohe Inflationsraten, steigende Energiekosten und anhaltende Unsicherheiten auf den globalen Märkten haben die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft unter Druck gesetzt. Zudem erfordert der technologische Wandel verstärkte Investitionen in Digitalisierung und Innovation, um Europas langfristige wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Vor diesem Hintergrund hat die EU Maßnahmen eingeleitet, um ihre Resilienz zu stärken, den Binnenmarkt zu vertiefen und Unternehmen gezielt zu entlasten.
Das neue EU-Parlament, mit einem gestärkten rechten Lager, stellt nun neue Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten für eine europäische Zusammenarbeit dar. Die EVP, mit 188 Abgeordneten aus 27 Ländern größte Fraktion im Europäischen Parlament, hat nun neue Möglichkeiten, Mehrheiten zu finden. Auch in der Europäischen Kommission mit 14 der 27 Mitglieder und mit 12 Regierungschefs im Europäischen Rat ist die EVP sehr stark vertreten.

Sowohl die Österreichische Volkspartei wie auch die Europäische Volkspartei verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine und sprechen sich für eine konsequente Unterstützung der Ukraine aus – sei es durch humanitäre Hilfe, finanzielle Unterstützung oder anderweitige Beistandsleistungen. Gleichzeitig hat die EU eigenständige Schritte gesetzt, um die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sattelfest zu machen. Dabei steht insbesondere der Schutz der EU-Außengrenzen, die Resilienz kritischer Infrastruktur sowie die verstärkte europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen im Fokus. Österreich unterstützt diese Initiativen im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Neutralität und setzt sich für eine Stärkung der nationalen und europäischen Sicherheitsarchitektur ein.

Ein zentrales Anliegen bleibt der Kampf gegen illegale Migration. Die EU hat in den vergangenen Jahren verstärkt Maßnahmen ergriffen, um illegale Migration einzudämmen und die Kontrolle über ihre Außengrenzen zu stärken. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und die verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten sind dabei entscheidende Pfeiler. Österreich und die Volkspartei setzen sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Rückführungspolitik, schnellere Asylverfahren und den verstärkten Schutz der Außengrenzen durch FRONTEX ein. Gleichzeitig wird der Fokus auf eine gezielte Migrationspolitik gelegt, die qualifizierte Fachkräfte nach Europa bringt, während illegale Migration und Missbrauch des Asylsystems konsequent bekämpft werden.

Sicherheitspolitische Fragen und die Stärkung der europäischen Wirtschaft stehen im Zentrum der EU-Agenda. Die Reduzierung von Regulierungslasten und die Vereinfachung administrativer Prozesse sind zentrale Anliegen der Volkspartei auf europäischer Ebene.

Ein zentrales Instrument ist dabei die Omnibus-Richtlinie, die durch den Abbau übermäßiger Regulierungslasten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entlasten soll. Den Binnenmarkt zu stärken und Investitionen zu erleichtern sind dabei zentrale Ziele. Die Volkspartei unterstützt diesen Ansatz, um Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in Österreich und Europa zu fördern. Die Vertiefung des Binnenmarktes bleibt ebenfalls ein wesentliches Anliegen der Volkspartei. Der Abbau von Handelshindernissen, die Harmonisierung regulatorischer Rahmenbedingungen und die Förderung digitaler Infrastrukturen sollen die wirtschaftliche Dynamik innerhalb der EU weiter stärken. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Österreich ist ein funktionierender Binnenmarkt von zentraler Bedeutung.

Europa & Internationales

Ein weiterer wirtschaftspolitischer Schwerpunkt, der kürzlich präsentiert wurde, ist der Green Industrial Deal, der darauf abzielt, die europäische Industrie wettbewerbsfähiger und unabhängiger von Drittstaaten zu machen. Durch gezielte Fördermaßnahmen sollen Produktionskapazitäten in strategischen Sektoren gestärkt und technologische Innovationen beschleunigt werden. Österreich setzt sich innerhalb der EU für eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung dieser Maßnahmen ein, die insbesondere für energieintensive Industrien Planbarkeit und Standortattraktivität sicherstellt.

Die Zukunft Österreichs liegt in der Europäischen Union. Die EU ist die Basis für wirtschaftlichen Erfolg, Sicherheit und Stabilität in Österreich.

Campus Tivoli

Aus der Politischen Akademie wird der Campus Tivoli

Ein neues Kapitel wurde in der Geschichte der Akademie der Volkspartei unter der neuen Führung von Präsidenten Wolfgang Sobotka aufgeschlagen. Die Politische Akademie entwickelt sich zum Campus Tivoli weiter! Mit der geplanten Transformation verfolgen wir das Ziel, einen umfassenden Wandel dieser Institution zu vollziehen, der sowohl ihre innere Struktur als auch ihre äußere Ausrichtung betrifft.

Der Campus Tivoli steht für Fortschritt, Vernetzung und politische Bildung mit Tradition. Unsere Umbenennung ist mehr als ein neuer Name – sie ist ein klares Bekenntnis: Wir gestalten die Zukunft unserer Gesinnungsgemeinschaft aktiv mit. Darüber hinaus sind wir ein Ort der Zusammenkunft eines einzigartigen Netzwerks, definieren uns als Ideenschmiede der Zukunft und verstehen uns als verlässlicher Partner für Politik und Gesellschaft.

In der Funktion als Aus- und Weiterbildungszentrum wird Innovation und Exzellenz in die politische Bildung gebracht. Als Think-Tank der Volkspartei konzentriert sich der Campus Tivoli im Kern darauf, wie eine zukunftsorientierte Politik der Mitte gestaltet werden kann.

Wertezentrum einer Politik der Mitte

Der Campus Tivoli ist ein Think-Tank der Volkspartei, der bürgerlichen Mitte. Eine der wichtigsten Aufgaben sehen wir darin, unsere Funktionärinnen und Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten dabei zu unterstützen, die wesentlichen geistigen und ideellen Grundlagen unseres Wertekanons wieder klar und präzise benennen zu können.
Eine wesentliche Aufgabe des Think-Tanks wird die Vertiefung der Grundwerte und ihrer Umsetzung sein. Wir dürfen unsere Grundwerte nicht nur diskutieren und in Erinnerung rufen, wir müssen sie leben, wir müssen sie erfahrbar machen. Der Think-Tank wird dabei als Plattform dienen, um die Diskussion fortlaufend anzuregen und die Grundwerte als unverzichtbaren Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Landschaft erlebbar zu machen, und als Katalysator für Lösungen fungieren.
Wissenschaftstheoretische Erkenntnisse betreffen uns genauso wie Trends und Moden, sowohl regional, national und selbstverständlich auch international. Der Think-Tank versteht sich als Teil eines vernetzten Kontextes, der die vielschichtigen globalen und lokalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet.
Als Think-Tank für relevante, gesellschaftspolitische Themen besteht unsere vorrangige Aufgabe darin, sowohl profundes Wissen als auch Expertinnen und Experten bereitzustellen. Unser Haus bietet fundierte Kompetenz in den für uns wichtigen Bereichen Familie, Leistung und Sicherheit – also den tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Als Impulsgeber ist es darüber hinaus fundamental, Entwicklungen unserer Zeit, die Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt tiefgreifend verändern, im Auge zu behalten und zu bearbeiten.

Bildungshaus der Volkspartei

Von Seminaren bis zu Vorträgen, von Online-Inhalten bis zu Buchpublikationen – wir bieten politische Bildung in verschiedenen Formaten und Methoden in ganz Österreich. Unsere Angebote richten sich an unterschiedlichste Zielgruppen – von der breiten Öffentlichkeit bis zu spezifisch interessierten Fachöffentlichkeiten, von Menschen, die sich einfach für Politik interessieren, bis hin zu Menschen, die den politischen Prozess aktiv in Jobs, Funktionen oder Mandaten gestalten. Unser Anspruch dabei: Wir wollen Innovation und Exzellenz in die politische Bildung bringen.

Neben Seminaren bietet der Campus Tivoli auch in Lehrgängen und mehrtägigen Ausbildungen die Möglichkeit, das eigene Wissen und die eigenen Kompetenzen unserer Leistungsträger umfassend auszubauen und zu stärken. Mit dem Bildungsraum online hat der Campus Tivoli zusätzlich eine digitale Plattform geschaffen, die es ermöglicht, zu lernen, wann und wo auch immer jemand möchte.
Ziel ist es, ein noch umfassenderes Programm zu schaffen, das den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertiefte Einblicke in politische

Prozesse, gesellschaftliche Zusammenhänge und aktuelle Herausforderungen bietet. Durch praxisorientierte Seminare, interaktive Workshops und den Austausch mit Expertinnen und Experten wollen wir das politische Verständnis fördern und gleichzeitig das Engagement für demokratische Werte stärken

Ort des Zusammenkommens und der neuen Ideen

Mitten im Grünen und doch nur 20 Minuten von der Wiener Innenstadt entfernt! Unser Campus ist ein offener Ort zum Vordenken und Vernetzen und bietet mit verschiedenen Räumlichkeiten Möglichkeiten, sich zu treffen, an Ideen zu arbeiten und Veranstaltungen abzuhalten. Darüber hinaus war und ist dieser Ort in der Tivolistraße besonders eines – die Heimstätte und der Begegnungsort der Familie der Österreichischen Volkspartei.

Das Gelände ist ein wahres Juwel – ein Rohdiamant, der noch geschliffen werden muss, um in vollem Glanz zu erstrahlen. Diese Weiterentwicklung betrifft sowohl den einzigartigen Naturraum als auch die beeindruckenden Baulichkeiten des Campus. Um einerseits dieses Juwel bestmöglich weiterentwickeln zu können und noch mehr an Attraktivität zu gewinnen und andererseits am Puls des politischen Geschehens zu sein, haben wir den Think-Tank, die Bildungsorganisation und die Administration des Campus Tivoli ins Zentrum verlegt.

Mit dem Schritt, den Campus neu auszurichten, schlagen wir ein neues Kapitel auf und stellen die Weichen für die Zukunft. Unsere Veranstaltungen und Diskussionen stehen allen Interessierten offen, unabhängig von einer Parteimitgliedschaft Wir laden alle zum Mitdenken und Mitmachen ein. Abseits der Tagespolitik behandeln wir grundsätzliche Themen, die in Zukunft relevant sein werden.

Der Campus Tivoli pflegt ein breites Netzwerk mit Partner-Organisationen und bietet damit eine großartige Plattform für Bildung und Austausch.

Strukturen verändern. Werte erhalten.

Veränderung ist der Motor des Fortschritts. Sie fordert uns heraus, Gewohnheiten zu hinterfragen, neue Wege zu beschreiten und Strukturen so anzupassen, dass sie den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gerecht werden. Doch Wandel darf niemals bedeuten, das Fundament aufzugeben, auf dem unsere Gesellschaft, unsere Organisation und unser Miteinander ruht: unsere christlich-sozialen Werte.

Unseren Weg fortsetzen. Für Österreich.

Der ÖAAB versteht sich seit jeher als treibende Kraft für eine moderne und zukunftsfähige Arbeitswelt, in der soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Fortschritt Hand in Hand gehen. Unser zentrales Anliegen ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem Arbeit und Wohlstand für alle Menschen möglich sind. Dabei setzen wir uns für eine Arbeitswelt ein, die sowohl wirtschaftlich stark als auch sozial ausgewogen ist.

DNA: Die neuen Antworten geben wir gemeinsam

Unter dem Motto „Die neuen Antworten finden wir gemeinsam“ startete der ÖAAB den größten Reformprozess seiner Geschichte. Ziel war es, diesen Prozess möglichst breit anzulegen und viele Mitglieder aktiv einzubinden. So entstand das DNA-Reformprogramm, das seit 2021 die Grundlage unserer Arbeit bildet. Seit damals konnten bereits zahlreiche Maßnahmen daraus erfolgreich umgesetzt werden – stets nach dem Grundsatz: „Leistung muss sich lohnen.“

DNA-Programm: Eine Erfolgsbilanz seit 2022

Ein wesentlicher Meilenstein war die Ökosoziale Steuerreform, mit der die schrittweise Senkung der Einkommensteuerstufen erreicht wurde. Ab 2024 konnte nun auch die dritte Stufe auf 40 Prozent gesenkt werden. Ebenso bedeutend ist die Abschaffung der kalten Progression, die eine schleichende Steuererhöhung verhindert, sowie die jährliche Valorisierung der Sozialleistungen. Beide Maßnahmen waren zentrale Anliegen unseres Reformprogramms.

Der ÖAAB hat darüber hinaus als innerparteilicher Taktgeber wichtige Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens arbeitender Menschen vorangetrieben. So wurde der Ausbau der Kinderbetreuung mit einer Finanzierung von 4,5 Milliarden Euro bis 2030 auf den Weg gebracht, ebenso wie die Schaffung von 100 zusätzlichen Kassenarztstellen zur Stärkung des Gesundheitswesens. Auch die Unterstützung von Rettungs- und Zivilschutzorganisationen wurde mit zusätzlichen 22 Millionen Euro jährlich gestärkt, um das Ehrenamt nachhaltig zu fördern. Um Arbeit attraktiver zu gestalten, wurde neben Anreizen für längeres Arbeiten auch die geringere Besteuerung von Überstunden umgesetzt. Weitere zentrale Maßnahmen waren die Realisierung eines umfassenden Pflegepakets, das sowohl Pflegekräfte als auch Betroffene entlastet, sowie zahlreiche Initiativen zur Förderung des Wohnbaus.

Mit Jahreswechsel konnten zudem weitere langjährige Forderungen des ÖAAB umgesetzt werden. Dazu zählen die Anhebung des amtlichen Kilometergelds auf 50 Cent pro Kilometer sowie die Erhöhung der Tages- und Nächtigungsgelder. Eine umfassende Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, die wesentlich auf unsere Initiative zurückgeht, konnte ebenfalls realisiert werden.

Diese Erfolge zeigen: Der ÖAAB gestaltet aktiv die Zukunft der Arbeitswelt und setzt sich konsequent für Verbesserungen ein – mit klaren Werten, einer zukunftsorientierten Politik und einem starken Engagement für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Podcast: „DNA“ und „Auf einen Kaffee mit …“

Als ÖAAB gestalten wir die Zukunft, bewahren unsere Werte und bleiben gleichzeitig offen für Modernisierung. Dabei setzen wir auch auf digitale Formate wie soziale Medien und

Podcasts, um wichtige Themen und Ideen zu diskutieren. Unsere zwei Podcast-Reihen „DNA“ und „Auf einen Kaffee mit …“ bieten spannende Einblicke in politische Themen, aber auch in die Persönlichkeit unserer Spitzenfunktionärinnen und Spitzenfunktionäre.

ÖAAB: Wandel und Werte in Einklang

Für uns liegt der Schlüssel darin, Wandel und Werte miteinander in Einklang zu bringen. Es ist möglich, mutig in die Zukunft zu schreiten, ohne das Gute der Vergangenheit zu verlieren. Manchmal muss man Strukturen verändern, um den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen – doch stets mit dem Ziel, eine gerechte, starke und zukunftsfähige Gesellschaft zu gestalten.

Zahlreiche Projekte bringen substanzielle Verbesserungen für die Bäuerinnen & Bauern in Österreich

Impulsprogramm Landwirtschaft: Erstmalige Auszahlung im Dezember

Das Impulsprogramm Landwirtschaft wurde von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig gemeinsam mit den Bundesländern auf den Weg gebracht. Damit ist es möglich, einerseits die ÖPUL-Prämien sowie die Ausgleichszulage um 8 % zu erhöhen (mit einem zusätzlichen Top-up für die Erschwernisgruppen 3 und 4). Andererseits wurde die Obergrenze der anrechenbaren Kosten für die Investitionsförderung in den Bereichen Klima, Tierwohl und Wassermanagement von 400.000 auf 500.00 Euro angehoben. Insgesamt stehen dafür von 2024 bis 2027 360 Mio. Euro zur Verfügung. Österreich ist damit das EU-weit erste Land, in dem die nationalen Mittel der GAP aufgestockt werden.

Agrardieselpaket: Lebensmittelproduktion entlasten

Bäuerinnen und Bauern brauchen Treibstoff für ihre Maschinen nicht zum Spaß, sondern um Lebensmittel erzeugen zu können. Mit dem Agrardieselpaket haben wir dafür gesorgt, dass höhere Kosten für Betriebsmittel auch abgegolten werden.

Das Agrardiesel-Paket besteht aus mehreren Teilen. Zum einen umfasst es die CO_2-Steuer-Rückvergütung von 2022–2024 in der Höhe von 25,5 Cent pro Liter; hinzu kommt 2024 der Bodenbewirtschaftungsbeitrag (dieser beträgt 17 Cent/Liter).

Insgesamt ergibt das für das Jahr 2024 eine Entlastung von 42,5 Cent/Liter Diesel. Die Auszahlung folgt noch im Dezember 2024.

Außerdem folgt die Mineralölsteuervergütung (jeweils 7 Cent pro Liter und Jahr). Die Mineralölsteuervergütung wird im ersten Halbjahr 2025 ausbezahlt.

Wolf: Schutzstatus soll gesenkt werden

Die EU-Kommission hat sich endlich überzeugen lassen und eine Herabsenkung des Wolf-Schutzstatus in der zuständigen Berner Konvention gefordert. Mit Erfolg! Im Dezember haben sich deren Vertragsstaaten für eine Herabsenkung ausgesprochen. Das ist der beständigen Arbeit des Bauernbundes zu verdanken! Nun gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen und eine Regulierung des Wolfsbestandes auch über die FFH-Richtlinie der EU zu ermöglichen.

Entwaldungsverordnung: Bürokratiemonster um ein Jahr verschoben

Nach langer Überzeugungsarbeit des Bauernbundes ist es im EU-Parlament gelungen, eine Verschiebung der geplanten EU-Entwaldungsverordnung um ein Jahr zu erwirken. Ansonsten wäre dieses unselige Bürokratiemonster bereits heuer im Dezember in Kraft getreten. Österreichische Waldbesitzer, aber etwa auch Rinderbauern müssten dann noch genauer dokumentieren, dass ihre Erzeugnisse von entwaldungsfreien Flächen stammen – obwohl in Österreich kein Entwaldungsrisiko herrscht.

Daher hat sich das EU-Parlament auch dafür ausgesprochen, die Entwaldungsverordnung grundlegend zu überarbeiten und eine Ausnahmeregelung für Länder wie Österreich zu schaffen. Das wurde von Rat und Kommission nicht bewilligt, bleibt jedoch weiterhin eine Forderung des Bauernbundes.

Waldfonds: Notwendige Aufstockung erreicht

Der Waldfonds wurde ins Leben gerufen, um mit zehn Maßnahmen die Herstellung klimafitter Wälder in Österreich zu unterstützen. Für die Jahre 2024 und 2025 haben wir eine Erhöhung um jeweils 50 Mio. Euro erreicht. Insgesamt stehen für den Waldfonds nun 450 Mio. Euro zur Verfügung, die Laufzeit wurde somit bis 2026 verlängert.

UV-Renten künftig nicht mehr von der Ausgleichszulage abgezogen

Betriebsrente, Versehrtengeld sowie Integritätsabgeltung betragen in der Land- und Forstwirtschaft durchschnittlich 289 Euro. Diese „UV-Renten“ werden zukünftig nicht mehr von der Ausgleichszulage abgezogen.

Einheitswerte abgesichert

Bisher war die Einheitswert-Hauptfeststellung alle neun Jahre notwendig. In Zukunft erfolgt eine Neubewertung nur mehr für jene Betriebe, deren Ertragsfähigkeit sich nachhaltig und wesentlich ändert. Grundlage dafür sind Indizes und Schwellenwerte, die ab 2027 jährlich im Grünen Bericht des Landwirtschaftsministeriums publiziert werden. Damit sichern wir das bewährte Einheitswertsystem nicht nur ab, sondern ersparen den Betrieben auch Bürokratie.

Verpflichtende feste Güllegrubenabdeckung abgewendet

Die in der Ammoniakreduktionsverordnung vorgesehene verpflichtende feste Abdeckung bestehender Güllegruben ab 2028 kommt nun doch nicht. Das erspart unseren Betrieben Investitionskosten von über 1 Mrd. Euro.

Soforthilfe für Erzeuger in den Sektoren Obst und Wein 2024

Die Frostwelle im März und April hat den Obst- und Weinbau stark getroffen. Diese Beihilfe der EU kommt ca. 2.300 Betrieben zugute und umfasst insgesamt 10 Mio. Euro.

Neuerungen im ÖPUL für Bio-Betriebe

Mit der Anpassung des GAP-Strategieplans sollen ab 2025 jährlich rund 30 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich für Bio-Betriebe in der Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ zur Verfügung stehen. Die Prämie für Bio-Ackerflächen wird auf 235 Euro/ha erhöht, gerade kleinere Betriebe werden durch die Umsetzung einer Unterstützung von betriebsbezogenen Transaktionskosten im Ausmaß von 400 Euro/Betrieb und Jahr verstärkt unterstützt.

Klare Positionierung gegen Laborfleisch

In Israel darf Laborfleisch produziert und verkauft werden, auch in der Schweiz wurde im Jahr 2023 ein Antrag eingereicht. Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat auf EU-Ebene die Initiative ergriffen und in einer Allianz mit Frankreich und Italien eine breite Diskussion darüber gefordert.

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz (LFBAG) beschlossen

Damit werden neun unterschiedliche Landesgesetze auf ein bundeseinheitliches Gesetz zusammengeführt. Die Meisterprüfung wird kostenfrei, das Bildungswesen wird vereinfacht und die Ausbildung gestärkt. Einzig die FPÖ hat dagegengestimmt.

Stromkostenbremse für die Landwirtschaft bis 2025 verlängert

Die Stromkostenbremse für Bauernfamilien, die ihren Haushaltsstrom mit dem Lastprofil „Landwirtschaft“ beziehen, gilt seit 1. Juni 2023 und wurde bis 30. Juni 2025 verlängert.

SUR-Pflanzenschutzrichtlinie: Vorschlag zurückgezogen

Die völlig überzogene und heftig umstrittene SUR-Verordnung zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wurde von der EU-Kommission zurückgezogen. Unser Protest gegen die unrealistischen Ziele hat sich ausgezahlt.

EU-Herkunftskennzeichnung für Honig

Am 10. April 2024 hat das EU-Parlament eine strenge, transparente Herkunftskennzeichnung für Honig beschlossen. Am Etikett muss jetzt das genaue Herkunftsland angegeben werden. Die FPÖ-Abgeordneten waren geschlossen dagegen.

AMA-Gütesiegel für Brot und Backwaren eingeführt

Mit dem AMA-Gütesiegel für Brot und Gebäck werden Produkte ab der Getreideernte 2024 ausgezeichnet. Damit wird die Herkunft des Getreides für die Konsumentinnen und Konsumenten erstmals vollständig transparent und nachvollziehbar.

Umsatzsteuerbefreiung für die Anschaffung von Photovoltaik-Anlagen

Von der Umsatzsteuerbefreiung für die Anschaffung von Photovoltaik-Anlagen bis 35kWp für 2024 und 2025 profitieren auch bäuerliche Betriebe.

VISION 2028+

Der Strategieprozess VISION 2028+ wurde 2024 von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig ins Leben gerufen, um die Weichen für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft zu stellen. Unter breiter Einbindung aller relevanten Stakeholder und der Wissenschaft wurden über 170 Maßnahmen erarbeitet, die der Politik als Richtschnur dienen sollen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen hat bereits begonnen.

Herkunftskennzeichnung in Kantinen & Großküchen

Seit 1. September 2023 muss in der Gemeinschaftsverpflegung die Herkunft von Fleisch, Milch und Eiern verpflichtend angegeben werden. Diese Neuerung umfasst zwei Drittel des Außer-Haus-Verzehrs und 2,2 Mio. Speisen täglich. Damit haben wir eine langjährige Forderung umgesetzt und einen wichtigen ersten Schritt für mehr Transparenz am Teller gesetzt.

Ausbau der psychosozialen Betreuung in der Landwirtschaft

Die Situation auf unseren Höfen ist nicht bloß romantische Idylle. Harte Arbeit belastet Körper und Psyche, Krankenstands- oder Urlaubsansprüche bestehen nicht. Auch Generationenkonflikte können zur Schwierigkeit werden. Daher haben wir einen Entschließungsantrag im Parlament eingebracht, um das Angebot der psychosozialen Betreuung im bäuerlichen Bereich auszubauen und eine Studie über die Arbeitsbelastung und weitere mögliche psychische Belastungen in Auftrag zu geben. Auf Drängen des Bauernbundes wird außerdem das Präventionsangebot der SVS ausgebaut. Neben vielfältigen Angeboten für die mentale Gesundheit werden mit dem Gesundheitshunderter gezielt Maßnahmen zur Stärkung der seelischen Gesundheit gefördert.

Österreichischer Wirtschaftsbund

Gemeinsam stark: Wirtschaft fördern, Zukunft sichern.

Die letzten Jahre waren von geopolitischen Umbrüchen, Inflation, hohen Energiepreisen und Fachkräftemangel geprägt. Unternehmen in Österreich standen vor großen Unsicherheiten. Der Wirtschaftsbund hat sich in dieser Zeit als verlässlicher Partner bewiesen, der sich unermüdlich für die Interessen der heimischen Wirtschaft eingesetzt hat. Trotz globaler Krisen und wirtschaftlicher Unsicherheiten konnte der Wirtschaftsbund wichtige Reformen umsetzen und gezielte Entlastungen für Unternehmen erreichen. Auch in Zukunft wird sich der Wirtschaftsbund für unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Auswahl der Erfolge seit Mai 2022

Entlastung & Wirtschaftsförderung

- Abschaffung der kalten Progression
- Investitionsfreibetrag und umfassende Steuerentlastungen
- Finanzielle Unterstützung für energieintensive Betriebe
- Förderung erneuerbarer Energien
- Digitalisierungsoffensive für KMUs
- Start-up-Förderung
- Wiedereinführung des Handwerkerbonus

Maßnahmen gegen den Arbeitskräftemangel

- WB-Stellenmonitor
  Das WB-Tool zeigt den tatsächlichen Arbeitsmarkt, also die reale Anzahl offener Stellen in Österreich. So kann gezielt auf den Arbeitskräftemangel reagiert werden. Teilweise wurden 270.000 offene Stellen erfasst – fast genauso viele wie Arbeitssuchende.
  Neben offenen Stellen werden nun auch Lehrstellen erfasst, um Engpässe frühzeitig zu erkennen. Dies ermöglicht gezielte Maßnahmen zur besseren Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels.
- Fachkräftesicherung durch Ausbildungsoffensive
  Durch die verstärkte Förderung von Lehrberufen und Mangelberufen konnten mehr Fachkräfte gewonnen werden. Beispiel: Förderungen für technische Lehrberufe wurden ausgeweitet, um den Bedarf an Handwerkern, IT-Fachkräften und Pflegepersonal zu decken.

Netzwerke & politische Initiativen

- Betriebsbesuche in ganz Österreich
  Mit mehr als 1.000 Betriebsbesuchen nahm der Wirtschaftsbund Anliegen direkt auf.

Politische Kontinuität: Starke Wiederwahl von Harald Mahrer zum Präsidenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes

Am 8. September 2023 wurde Harald Mahrer mit überwältigender Mehrheit von 99,3 % der Stimmen erneut zum Präsidenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes gewählt. In seiner Rede betonte er die Bedeutung einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik und versprach, sich weiterhin für bessere Rahmenbedingungen, steuerliche Entlastungen, Bürokratieabbau, Innovationsförderung und den qualifizierten Arbeitskräftezuzug einzusetzen.

Mission Austria: Ein umfassendes Wirtschaftsprogramm für Österreich

2024 entwickelte der Wirtschaftsbund ein Wirtschaftsprogramm zur Stärkung von Österreichs Wirtschaft. In einem einjährigen Prozess mit 500 Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Expertinnen und Experten entstand ein Konzept für Wachstum, Wohlstand und Nachhaltigkeit – mit Unternehmertum als Schlüssel zur Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen.

Reform der Belegausdruckpflicht: Gefordert und erreicht

Der Wirtschaftsbund forderte jahrelang eine Abschaffung der Belegausdruckpflicht für Beträge unter 35 Euro, wenn kein Beleg gewünscht wird, sowie die Anerkennung digitaler Belege. 2025 konnten wir diese Forderung endlich auf den Weg bringen. Das reduziert Bürokratie, entlastet und gibt Unternehmerinnen und Unternehmern endlich mehr Zeit für das, was sie am besten können: unternehmen!

Wirtschaftskammer-Wahl 2025: Wirtschaftsbund hält Absolute

Mit 61,3% konnte der Wirtschaftsbund mit Präsident Harald Mahrer seine Zweidrittelmehrheit halten und stellt auch in Zukunft alle neun Landespräsidenten. Das starke Ergebnis ist ein deutlicher Auftrag, auch in Zukunft für optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu kämpfen.

„Frauenpolitik Neu Denken“

Die ÖVP Frauen sind die starke politische Kraft für Frauen in ganz Österreich und gestalten mutig eine moderne Frauenpolitik im Land. Unser Ziel ist es, Frauen zu ermutigen, ihre Ideen einzubringen, sich auszutauschen und ihre Potenziale zu entfalten. Gesellschaft lebt vom Engagement von Frauen für Frauen! Dafür schaffen wir die politischen Rahmenbedingungen.

Initiativen der ÖVP Frauen – Diskussionsveranstaltungen und Bundesländertage

Die vergangenen Jahre waren herausfordernd, dennoch haben wir viel erreicht. Zahlreiche Veranstaltungen haben wir genutzt, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen. In verschiedenen Formaten diskutierte die Bundesleiterin, Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Juliane Bogner-Strauß, mit zahlreichen Gästen, darunter Bundesministerinnen, Abgeordneten, Landesleiterinnen und Landesgeschäftsführerinnen, über die Frauenpolitik der vergangenen Jahre sowie die Herausforderungen der Zukunft.
Frauenpolitik ist weit mehr als Familienpolitik, sie ist ein eigenständiges, gesellschaftspolitisches Thema und verdient einen hohen politischen Stellenwert.
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich bereits viel getan, doch das Ziel der Gleichstellung und Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen ist noch nicht erreicht.
Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Chancen haben!
Wir müssen gemeinsam Perspektiven aufzeigen und Chancen nutzen!
Zahlreiche Bundesländertage wurden abgehalten. Ein Highlight im Jahresrückblick 2023 war der politische Austausch der Bundesleiterin beim Tiroltag im Rahmen des alljährlichen Europäischen Forum Alpbach und der Tirolerinnen-Talk in Alpbach. Neben einer Wanderung zur Böglalm gab es einen Talk mit der Bundesleiterin sowie den Landesrätinnen und Funktionärinnen der Tirolerinnen in der Volkspartei. Ein Rückblick auf einen Tag voller Frauenpower im Ort der Denkerinnen.

Weltfrauentag und Arbeitsschwerpunkte

Am 8. März 2024, dem Weltfrauentag, fand gemeinsam mit der Jungen Volkspartei der erste Junggemeinderätinnengipfel in Wien statt, der auch in diesem Jahr seine Fortsetzung finden wird. Die Volkspartei hat mehr Frauen in politischen Funktionen als jede andere Partei. Dennoch sind wir vom Ziel, genauso viele Verantwortungsträgerinnen wie Verantwortungsträger zu haben, noch weit entfernt. Umso wichtiger ist es, vor allem junge Frauen, die sich engagieren, miteinander zu vernetzen, um Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu motivieren.
Neben spannenden Vortragenden aus Gemeinden, Ländern und Bund wurde darüber gesprochen, welche politischen Maßnahmen ergriffen werden können, um mehr junge Frauen zu begeistern und in ihrem politischen Engagement zu unterstützen.

Bei der Veranstaltung „Familie und Beruf“ am 7. Mai 2024 in Schaan (Liechtenstein) hielt die Bundesleiterin der ÖVP Frauen Dr. Juliane Bogner-Strauß als Gastrednerin den Impulsvortrag „Wie schaffen Sie das? – Karriere und Familie gestern, heute und morgen“.
Sie teilte ihre politischen und persönlichen Erfahrungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um konkrete Wege und Maßnahmen aufzuzeigen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gefördert werden kann.

Gemeinsam mit den Frauensprecherinnen und Frauenchefinnen der im Nationalrat vertretenen Parteien konnten die ÖVP Frauen sowie Gäste am 14. Mai 2024 auf Einladung von Doris Schmidauer Erfahrungen, Anliegen und Initiativen von Frauen in der Präsidentschaftskanzlei diskutieren. Diese Veranstaltung zeigte einmal mehr, wie wichtig überparteiliche Initiativen im Bereich der Frauenpolitik und Gleichstellung sind.

Podcast der ÖVP Frauen – Frauenpolitik Neu Denken

Seit dem Weltfrauentag 2024 produzieren und veröffentlichen die ÖVP Frauen den Podcast „Frauenpolitik Neu Denken“. Die Zielgruppe sind Mitglieder und Funktionärinnen der neuen Volkspartei sowie interessierte Zuhörerinnen außerhalb der politischen Welt, die sich für Frauenpolitik, Gleichstellung und die gemeinsame Kraftanstrengung für Veränderungen und Verbesserungen für Frauen interessieren. Bereits zehn Lebensgeschichten erfolgreicher Frauen, die wiederum andere Frauen empowern, sind online.

ÖVP Frauen – unsere Anliegen

Als ÖVP Frauen setzen wir uns für eine chancengerechte Gesellschaft ein, in der Frauen ihre Potenziale frei entfalten können. In einer Welt, die sich rasant verändert, braucht es neben starken Frauen auch eine Politik, die Frauen stärkt – in der Familie, im Beruf, in der Wirtschaft, in der Politik und in der Gesellschaft. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die Frauen die Freiheit geben, ihren Lebensweg selbst zu bestimmen, ohne Barrieren und ohne Benachteiligung.
Chancengleichheit ist für uns kein Schlagwort, sondern ein Versprechen – an jede Frau in Österreich. Wir wollen Frauen in Führungspositionen stärken, mehr Transparenz bei den Einkommen erreichen und die Altersvorsorge von Frauen wieder ins Zentrum der Debatte rücken. Vor allem die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Frauen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Lohngerechtigkeit – all dies muss mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Die ÖVP Frauen setzen sich für die Förderung der Gleichstellung in allen Lebensbereichen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Chancengleichheit ein, in der Frauen ihr volles Potenzial entfalten können.
Darauf werden die ÖVP Frauen weiter hinarbeiten und mutig die Frauenpolitik in diesem Land gestalten. Gemeinsam haben wir noch viel vor!

Junge Volkspartei

Generation: Vorsorgen

Im Rahmen der Kampagne „Generation: Vorsorgen“ tourte die JVP digital durch ganz Österreich und sammelte Ideen für mehr Generationengerechtigkeit. Die Ergebnisse wurden in einem Zukunftsdialog zusammengeführt und flossen in einen neuen Generationenvertrag zwischen JVP und Seniorenbund ein.

Anpacken statt anpicken

Der Klimawandel erfordert Lösungen statt Blockaden. Mit „Anpacken statt anpicken“ setzte sich die Junge Volkspartei für echte Klimaschutzmaßnahmen und gegen gefährlichen Aktionismus mancher selbsternannter Klimaschützer ein. Nachhaltigkeit braucht Innovation, nicht Stillstand. Wir setzen auf Fortschritt statt Blockade!

Leitantrag: Zukunftsreich

Der Leitantrag „Zukunftsreich“ der Jungen ÖVP wurde am 29. Juni 2024 beim 28. ordentlichen Bundestag in Schladming beschlossen. Auf über 50 Seiten werden mehr als 200 Ideen vorgestellt, die Österreich zukunftsfähiger machen sollen. Über ein Jahr wurde mit hunderten Menschen im bisher größten Beteiligungsprozess der JVP daran gearbeitet, ein neues Programm aufzustellen.

JVP macht Schule

Wir als Junge ÖVP sammelten mit unserer Initiative „JVP macht Schule“ wieder tausende Schulmaterialien, die an tausende bedürftige Kinder in Rumänien verteilt wurden. Damit wurde sichergestellt, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien eine faire Chance auf Bildung erhalten.

Mutmacher – Glauben an Österreich

Mit unserer Initiative „Mut.Macher“ zeichneten wir gemeinsam mit Bundeskanzler Karl Nehammer junge Menschen aus, die anpacken und etwas bewegen. Ob als Forscherin, Gründer, Vereinsobfrau oder Lehrling in einem systemrelevanten Beruf – sie alle sind Vorbilder für ein engagiertes Österreich. Aus unserer Kampagne ging eines hervor: Trotz Herausforderungen gibt es viele Menschen, die mit ihrem Einsatz unser Land voranbringen – und diese Menschen verdienen Anerkennung.

HPV-Schutz-Kampagne

Die JVP startete 2024 eine groß angelegte Kampagne zur Bewusstseinsbildung für den HPV-Schutz. Am Ende der Kampagne konnte ein langjähriges Ziel erreicht werden: Seit dem 1. Juli 2024 ist die HPV-Impfung bis zum 30. Lebensjahr kostenlos verfügbar. Dies bedeutet eine enorme finanzielle Entlastung für junge Menschen, die bisher für die drei Teilimpfungen rund 620 Euro zahlen mussten. Da HPV unter anderem für Gebärmutterhalskrebs verantwortlich ist, senkt diese Maßnahme das Risiko schwerwiegender Erkrankungen erheblich. Dieser Erfolg zeigt, dass sich konsequente politische Arbeit auszahlt – für eine gesündere Zukunft junger Menschen in Österreich!

EU-Wahlkampf

Die Junge Volkspartei engagierte sich mit voller Kraft für die Europawahl 2024. Von insgesamt 42 Kandidatinnen und Kandidaten waren 19 unter 35 Jahren. Besonders erfreulich ist der Erfolg von Alex Bernhuber und Sophia Kircher, die als JVP-Abgeordnete ins EU-Parlament eingezogen sind. In der Nachwahlbefragung kam die Volkspartei bei den Jungwählerinnen und -wählern schlussendlich sogar auf den ersten Platz.

Nationalratswahlkampf

Für die Nationalratswahl engagierten sich zahlreiche JVPlerinnen und JVPler mit vollem Herzblut. In drei Ländern wurden JVP-Spitzenkandidatinnen und -Spitzenkandidaten auch Vorzugsstimmenkaiser, Bundesobfrau Claudia Plakolm wurde noch dazu die Regionalwahlkreisabgeordnete mit den meisten Vorzugsstimmen bundesweit.

„Update Österreich“ – Das Magazin der Jungen ÖVP

Mit „Update Österreich“ informieren wir quartalsweise über die wichtigsten Entwicklungen der Jungen ÖVP. Im Fokus stehen Berichte zum Bundestag, aktuelle Entscheidungen des Bundesvorstands und unsere politischen Kampagnen, wie die Sommertour „Mutiger in die neuen Zeiten“. Wir zeigen auf, welche Forderungen der JVP erfolgreich im Parlament umgesetzt wurden – von steuerfreien Überstunden als Anreiz für Leistungsträger bis hin zu weiteren Verbesserungen für junge Menschen. Außerdem gibt das Magazin mit „Hallo aus dem Parlament“ direkte Einblicke in unsere Arbeit und zeigt, wie wir Österreich aktiv mitgestalten.

Starke kommunalpolitische Plattform

Seit 2016 vernetzt die Junge ÖVP mit der Initiative „JVP-Jungbürgermeister“ junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter 35 Jahren, um ihre Anliegen gezielt zu stärken. Bei jährlichen Treffen machen wir junge Ideen auf kommunaler Ebene sichtbar und bieten Austauschmöglichkeiten. 2024 veranstaltete die JVP außerdem den ersten Junggemeinderätinnen-Gipfel. Dort haben wir gemeinsam mit den ÖVP-Frauen explizit weibliche Gemeinderäte unter 35 vernetzt und mit ihnen diskutiert, wie Frauenförderung in der Volkspartei besser gelingen kann.

JVP-Mentoringprogramm

In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie ermöglicht die Junge Volkspartei nun bereits seit 15 Jahren Mentees aus ganz Österreich einen umfassenden Einblick in das politische System. In 5 Modulen werden sie nicht nur in politischer Theorie geschult, sondern erhalten auch praxisnahe Einblicke durch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern. Zudem wird jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer ein erfahrener Mentor zur Seite gestellt, um sie bestmöglich auf ihre politischen Aufgaben vorzubereiten.

Internationale Arbeit

Die europäische und internationale Zusammenarbeit der bürgerlichen Jugendorganisationen ist der JVP seit Jahren ein Herzensanliegen. Neben diversen Veranstaltungen und Reisen zu befreundeten Organisationen trägt die Junge Volkspartei mit Sophia Kircher als 1. Vice President der YEPP und Eva Dohalova als Generalsekretärin der IYDU nun auch auf internationaler Ebene Verantwortung.

ÖVP Senioren

Schlagkräftige Interessenvertretung der älteren Generation

Die ÖVP Senioren sind ein wichtiger Teil der ÖVP-Familie und die größte Teilorganisation der ÖVP. Wir haben Vertreterinnen und Vertreter in allen gesetzgebenden Körperschaften, im Nationalrat, im Bundesrat, in den Landtagen und natürlich in vielen Gemeinderäten.

Gemeinsam mit tausenden ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären ist es unsere Aufgabe, das Leben der Seniorinnen und Senioren zu verbessern, Diskriminierungen aufzuzeigen und zu bekämpfen sowie die Anliegen und Interessen der älteren Generation bestmöglich zu vertreten. In den letzten drei Jahren konnten auch wieder viele seniorenpolitische Erfolge erzielt werden.

Hier die wichtigsten Erfolge:

- **Gesetzliche Abschaffung von Altersdiskriminierung bei Bankkrediten.** Es darf älteren Menschen ein Kredit nicht alleine aufgrund ihres Alters verwehrt werden, wenn ausreichend Sicherheiten vorhanden sind (ab 1. Mai 2023).

- **Kampf gegen digitale Diskriminierungen,** erste Erfolge sind z.B., dass der Bundesschatz auch analog beantragt werden kann.

- **Pensionserhöhungen:** volle Abgeltung der Inflation für alle Pensionen bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (2024: 6.060 Euro), darüber einen Fixbetrag. Weiters gab es noch Zusatzleistungen für Ausgleichszulagenbezieherinnen und -bezieher (Einmalzahlungen, außertourliche Erhöhung).

- **Aussetzung der Aliquotierung** der Anpassung von Neupensionen für drei Jahre 2024 bis 2026)

- Für Personen, die 2024 und 2025 in Pension gehen, gilt ein **Leistungsbonus** („Schutzklausel“) und die **Beitragsgrundlagen erhöhen** sich um 9,7% bzw. 4,5%.

- **Angehörigenbonus** (auch für Pensionistinnen und Pensionisten) von 1.500 Euro jährlich für pflegende Angehörige (ab 1.7.2023)

- **Erhöhung der Förderung bei der 24-Stunden-Betreuung** auf 800 Euro (bisher: 550 Euro) für zwei selbstständige Pflegekräfte

- **Freiwillig länger arbeiten:** Für Bezieherinnen und Bezieher einer Alterspension, die freiwillig länger arbeiten, entfallen die Pensionsbeiträge für den Zuverdienst bis zur doppelten Geringfügigkeitsgrenze (2025: 1.102,20 Euro monatlich). In Kraft ab 1.1.2024.

- Für jene, die über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten (ohne Pension), erhöht sich der **Bonus für längeres Arbeiten** von 4,2% auf 5,1%.

- **Abschaffung der kalten Progression**

- **Valorisierung der Pensionistenabsetzbeträge**

- **Einführung der Pflegelehre** mit Abschluss Pflegeassistenz oder Pflegefachassistenz (ab Herbst 2023)

Ausblick in die Zukunft: Aktuelle Forderungen:

- Spürbare Maßnahmen gegen die Teuerung insbesondere bei Lebensmitteln, Energie und Wohnen

- Maßnahmen zur Hebung des tatsächlichen Antrittsalters bei gleichzeitiger Schaffung einer altersgerechten Arbeitswelt

- Pensionen: Ausbau der 2. Säule (Betriebspensionen) und der 3. Säule (private Vorsorge)

- Freiwilliges Weiterarbeiten in der Pension soll attraktiviert werden
  - Streichung aller Sozialversicherungsbeiträge
  - Steuerliche Erleichterungen

- Bewusstseinsbildende Maßnahmen schaffen, wonach die ältere Generation einen erheblichen Wirtschaftsfaktor darstellt und kenen Kostenfaktor

- Gesundheitsreform, u.a.
  - Finanzierung aus einer Hand
  - Ausbau der Prävention
  - Kürzere Wartezeiten bei Arztterminen oder Operationen
  - Flächendeckende Versorgung mit Kassenärztinnen und Kassenärzten
  - Mehr Primärversorgungseinrichtungen

- Umfassende Pflegereform, u.a.
  - Finanzierung aus einer Hand
  - 24-Stunden-Betreuung: Einkommensgrenze von 2.500 Euro erhöhen, Förderung für selbstständige Betreuungskräfte von 800 Euro auf 1.500 Euro erhöhen
  - Angehörigenbonus: Ausweitung auf Pflegestufe 3 sowie Erhöhung der Förderung (dzt. 1.500 Euro) und Wertindexierung. Streichung der Einkommensgrenze für den pflegenden Angehörigen (dzt. 1.500 Euro).

- Verankerung des Verbots von Altersdiskriminierung in der Bundesverfassung (Art. 7 B-VG), Erweiterung des Gleichbehandlungsgesetzes um den Diskriminierungspunkt „Alter“.

- Kampf gegen digitale Diskriminierung: Recht darauf, alle Angelegenheiten (Amtsgeschäfte, Förderungen, Boni etc.) im öffentlichen Bereich, aber auch im privaten Geschäftsverkehr (Banken, Versicherungen etc.) auch ohne Internet erledigen bzw. in Anspruch nehmen zu können.

Wir haben daher für die kommenden Jahre noch viel vor und freuen uns auf die zukünftigen Herausforderungen.

Burgenland

Gemeinderatswahl 2022

Am 2. Oktober 2022 fanden im Burgenland die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen statt. In den 171 Gemeinden waren insgesamt 277.477 Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 75,79 %. Die Volkspartei Burgenland ist mit 5.000 Kandidatinnen und Kandidaten in 166 Gemeinden angetreten und hat in 156 Gemeinden einen Bürgermeisterkandidaten gestellt. 77.756 Menschen haben der Volkspartei Burgenland bei der Wahl ihr Vertrauen geschenkt. 71 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister konnte die Volkspartei bei der Wahl gewinnen. Die Volkspartei Burgenland ist weiter das einzige Gegengewicht zur SPÖ-Alleinregierung.

Volkspartei denkt nachhaltig

Im April 2022 startete die Volkspartei Burgenland die Initiative „Volkspartei denkt nachhaltig“, um das Bewusstsein für Umweltschutz und Ressourcenschonung zu stärken. Ein zentrales Element dieser Initiative war die landesweite Baumpflanzaktion, bei der in jeder der 171 Gemeinden des Burgenlandes ein Baum gepflanzt wurde. Der Auftakt dieser Aktion fand in Eisenstadt statt, wo gemeinsam mit Bundesministerin Elisabeth Köstinger und Bürgermeister Thomas Steiner der erste Baum gesetzt wurde.

Diese Aktion war Teil eines 10-Punkte-Programms zur Förderung der Nachhaltigkeit im Burgenland. Neben der Baumpflanzaktion organisierte die Volkspartei Burgenland eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Energiegemeinschaften“, um Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger über die Vorteile gemeinschaftlicher Energieprojekte zu informieren und zu motivieren, selbst aktiv zu werden.

Inhaltliche Kampagne „Stopp die Baulandsteuer“

Die Volkspartei Burgenland setzte sich intensiv gegen die Einführung der Baulandsteuer im Burgenland ein. Diese Steuer stellt eine zusätzliche Belastung für Grundstücksbesitzer dar und macht den Traum vom Eigenheim für viele unerreichbar. Durch zahlreiche Informationsveranstaltungen und eine breite Öffentlichkeitskampagne hat die Volkspartei Burgenland auf die negativen Auswirkungen dieser Steuer aufmerksam gemacht und die SPÖ-Alleinregierung aufgefordert, von deren Einführung abzusehen.

Burgenland-Rede, Richtungsfrage und Burgenlandgespräche

Im Juni 2023 hat die Volkspartei Burgenland die „Burgenlandgespräche“ ins Leben gerufen – eine Dialogreihe, bei der Landesparteiobmann Christian Sagartz als einziger Landespolitiker alle 171 Gemeinden des Burgenlandes persönlich besuchte. Ziel dieser Initiative war es, direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft des Burgenlandes zu diskutieren und die Anliegen aufzunehmen.

Die zentrale Frage, die auf der Tour durch die Gemeinden gestellt wurde, lautete: „In welche Richtung soll sich das Burgenland entwickeln?“ Die Antworten waren vielfältig, jedoch kristallisierten sich drei Hauptanliegen heraus:

1. Miteinander statt Gegeneinander: Es besteht der Wunsch nach einer Politik des Zusammenhalts und der Kooperation, anstelle von Spaltung und Konfrontation.
2. Regional statt Zentral: Die Bürgerinnen und Bürger fordern, dass Entscheidungen verstärkt auf regionaler Ebene getroffen werden, um den spezifischen Bedürfnissen der Gemeinden gerecht zu werden.
3. Frei statt Fremdbestimmt: Es gibt ein starkes Bedürfnis nach mehr Freiheit und Selbstbestimmung, weg von Bevormundung und zentralistischen Vorgaben.

Die vielen Rückmeldungen flossen direkt in das Wahlprogramm für die Landtagswahl ein, welches am 9. November 2024 präsentiert wurde. Das Programm basierte auf den Prinzipien des Miteinanders, der Regionalität und der Freiheit. Die Volkspartei Burgenland steht für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihre individuellen Bedürfnisse respektiert.

Die „Burgenlandgespräche“ haben gezeigt, wie wichtig der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist. Sie sind das Fundament für eine zukunftsorientierte und bürgernahe Politik, die das Burgenland in eine positive Richtung führt.

Landesparteitag 2024

Am 13. Jänner 2024 fand im Kulturzentrum Eisenstadt der 33. Ordentliche Landesparteitag der Volkspartei Burgenland statt, bei dem Landesparteiobmann Christian Sagartz mit 97,99 % der Stimmen wiedergewählt wurde.

In seiner Rede betonte Christian Sagartz die Notwendigkeit, das Burgenland von der SPÖ-Alleinherrschaft zu befreien und einen Richtungswechsel herbeizuführen. Er kritisierte die Politik von Landeshauptmann Doskozil, die durch Verstaatlichung und fehlgeleitete Investitionen geprägt sei. Beispiele hierfür sind die Errichtung von Landesküchen, der Ankauf von Landesbussen und der Erwerb von 200.000 Sektflaschen, finanziert durch die Steuergelder unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ein zentrales Anliegen war die Abschaffung der Baulandsteuer, die eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung darstellt. Ebenso wichtig ist die Wahlfreiheit im Pflegebereich, da die derzeitige Politik der SPÖ-Alleinregierung die Entscheidungsfreiheit der Betroffenen einschränkt. Jeder Mensch soll selbstbestimmt über seinen Lebensabend entscheiden können, ohne staatliche Bevormundung.

Die Vision für das Burgenland basiert auf den Prinzipien Freiheit, Regionalität und einem neuen Miteinander. Die Volkspartei Burgenland steht für regionale Lebensmittel statt eines Bio-Zwangs in Bildungseinrichtungen und möchte individuelle Interessen und Begabungen fördern, anstatt einen allgemeinen Flöten-Zwang einzuführen. Es ist wichtig, den roten Zentralismus aufzubrechen und den Menschen ihre Entscheidungsfreiheit zurückzugeben.

Landwirtschaftskammerwahl

Am 12. März 2023 fanden die Wahlen zur Landwirtschaftskammer statt. Die Kandidatinnen und Kandidaten mit Nikolaus Berlakovich an der Spitze traten mit dem Ziel an, die Interessen der burgenländischen Landwirtinnen und Landwirte effektiv zu vertreten und nachhaltige Landwirtschaftskonzepte zu fördern. Mit einem engagierten Wahlkampf und klaren Positionen konnte Niki Berlakovich und sein Team das Vertrauen vieler Landwirtinnen und Landwirte gewinnen und die Position des Bauernbundes in der Landwirtschaftskammer stärken.

Arbeiterkammerwahl

Mit einem engagierten Team haben sich die ÖVP-Arbeitnehmerinnen und ÖVP-Arbeitnehmer rund um Spitzenkandidat Johannes Mezgolits im März 2024 der Arbeiterkammerwahl gestellt. Faire Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – dafür hat sich Spitzenkandidat Johannes Mezgolits stark gemacht. Der Einsatz der ÖVP-Arbeitnehmer wurde mit einem Stimmenzuwachs belohnt.

EU-Wahl 2024

Am 26. Mai 2024 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, bei denen wir als Volkspartei Burgenland unser Engagement für ein starkes und geeintes Europa unter Beweis stellten.

Für das Burgenland traten Vanessa Tuder aus Unterkohlstätten als Spitzenkandidatin und Bernd Pichlbauer aus Siegendorf an. Beide führten einen engagierten Wahlkampf und setzten sich mit großem persönlichem Einsatz für die Interessen des Burgenlandes ein. Ihr Engagement wurde von den Wählerinnen und Wählern anerkannt und honoriert.

Mit einem Stimmenanteil von 27,91 Prozent erzielte die Volkspartei im Burgenland das viertbeste Ergebnis der ÖVP in ganz Österreich. In 74 von 171 Gemeinden konnte die Volkspartei den ersten Platz erreichen.

Burgenland

Besonders hervorzuheben ist das Ergebnis der burgenländischen Kandidatin Vanessa Tuder, die mit 6.906 Vorzugsstimmen das beste Ergebnis aller Kandidaten im Burgenland erzielte und damit österreichweit den sechsten Platz belegte. Auch Bernd Pichlbauer konnte mit seinen Vorzugsstimmen vor ihm gereihte Kandidaten überholen. Diese Ergebnisse beweisen die Organisationsstärke der Landespartei im Burgenland.

Nationalratswahl 2024

An die EU-Wahl anknüpfend ist die Volkspartei Burgenland gemeinsam mit den beiden Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl Christoph Zarits und Nikolaus Berlakovich intensiv für die Anliegen der burgenländischen Bevölkerung eingetreten und hat im Wahlkampf intensiv mit einer Politik der Mitte um Stimmen geworben.

Die politische Ausgangssituation war von einem zunehmend polarisierten Umfeld geprägt. Im Rahmen der Kampagne wurden Themen wie die Stärkung des ländlichen Raums, wirtschaftliche Entwicklung und infrastrukturelle Verbesserungen hervorgehoben. Die Kandidaten waren in allen Bezirken aktiv, um direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu treten und ihre Anliegen aufzunehmen.

Das Wahlergebnis zeigte, dass die politische Landschaft in Bewegung ist. Die Volkspartei erreichte im Burgenland 28,56 % der Stimmen. Damit lag das Ergebnis unter jenem der vergangenen Wahl, dennoch konnte in einigen Gemeinden eine stabile Wählerbasis gehalten werden. Während sich der bundesweite Trend auch im Burgenland widerspiegelte, wurde im Wahlkampf deutlich, dass viele Unterstützerinnen und Unterstützer engagiert für ihre Anliegen eintraten.

Burgenländische Landtagswahl 2025

Am 19. Jänner 2025 fand die Landtagswahl im Burgenland statt, bei der die Volkspartei Burgenland unter dem Spitzenkandidaten und Landesparteiobmann Christian Sagartz und in enger Zusammenarbeit mit einem engagierten Team antrat. Ziel war es, eine Veränderung im Burgenland herbeizuführen und das Land auf einen neuen Kurs zu bringen. Die Volkspartei Burgenland setzte dabei auf Themen wie mehr Freiheit, Regionalität und ein neues Miteinander.

Im Vorfeld der Wahl wurde eine klare Linie verfolgt, die die misslichen Entwicklungen unter der 5-jährigen Alleinregierung der SPÖ kritisch hinterfragte. Insbesondere wurde auf die Misswirtschaft, die zunehmende Verschuldung des Landes und die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf die Burgenländerinnen und Burgenländer hingewiesen. Christian Sagartz besuchte alle 171 Gemeinden des Burgenlandes persönlich und nahm den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern auf. Diese Dialoge, die unter dem Motto „Burgenland, wähl dich frei“ standen, gaben den Bürgern eine Stimme und verstärkten den Wunsch nach einem Wandel.

Die Volkspartei formulierte klare Forderungen für die kommenden Jahre. Dazu gehörten der „Vorsorge-Tausender“, eine Abschaffung der Baulandsteuer, eine strategische Verkleinerung der Landesholding und mehr Wahlfreiheit in der Pflege. Zudem wurde die Forderung nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gemeinden laut, um diese als gleichwertige Akteure in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Das Wahlergebnis zeigte, dass die Volkspartei Burgenland nicht das erhoffte Ergebnis erreichen konnte. Trotz intensiven Wahlkampfs und einem klaren Bekenntnis zu Veränderung gelang es nicht, diese Ziele zu erreichen.

Mit Blick auf die neue Regierungskonstellation zwischen SPÖ und Grünen wird der politische Kurs der SPÖ unter Landeshauptmann Hans Peter Doskozil weiterhin von den gleichen Grundsatzentscheidungen geprägt sein, die bereits während der Alleinregierung zu beobachten waren. Die Volkspartei sieht dies als verpasste Chance, eine breitere und stabilere Grundlage für die Zukunft des Burgenlands zu schaffen.
Fakt ist: Die neue rot/grüne Regierungskonstellation zeigt klar, dass Landeshauptmann Doskozil seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs sowie den benachteiligenden Umgang mit den Gemeinden unverändert fortsetzen wird. Dies entspricht nicht den Vorstellungen der Volkspartei Burgenland und stellt eine verpasste Gelegenheit dar, einen politischen Neuanfang zu schaffen.

Die Volkspartei Burgenland wird die Rolle als starke und konstruktive Opposition mit Nachdruck wahrnehmen. Ziel ist es, konkrete Vorschläge für eine bessere Zukunft des Burgenlands zu unterbreiten und die aktuelle Regierungspolitik kritisch zu begleiten. Die Burgenländerinnen und Burgenländer können darauf zählen, dass das Team der Volkspartei Burgenland stets die Interessen der Region und ihrer Menschen in den Mittelpunkt der Arbeit stellen wird.

Harte Arbeit führt zum Erfolg!

Türkiser Aschermittwoch

In zweijährigem Rhythmus veranstaltet die Kärntner Volkspartei den Politischen Aschermittwoch. Positionsbestimmung und klare Botschaften über unsere Arbeit und unsere Vorhaben von Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesparteiobmann Martin Gruber stehen hier im Mittelpunkt und machen den Politischen Aschermittwoch mit rund 1.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum größten und eindrucksvollsten politischen Event Kärntens.

Neben den Bundeskanzlern Sebastian Kurz und Karl Nehammer sowie zahlreichen Ministern und Staatssekretären konnten wir stets Speaker mit internationalem Format als Stargäste begrüßen. So waren es in den vergangenen Jahren der Ex-Boxer und nunmehrige ukrainische Politiker Vitali Klitschko, der Bundespräsident a.D. Dr. Christian Wulff, aber auch der ehemalige deutsche Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg, die spannende Einblicke in die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen Europas boten.

Landesparteitag 2022 – klare Bestätigung für Martin Gruber

„Kärnten braucht echte Macher" – unter diesem Motto fand der Landesparteitag 2022 in Ossiach statt. Die rund 500 Delegierten bestätigten Martin Gruber mit 99,64 % als Landesparteiobmann. Landesrat Sebastian Schuschnig, Clubobmann Markus Malle sowie Bürgermeister Alfred Altersberger und Bürgermeisterin Karoline Turnschek wurden am Parteitag zu den Landesparteiobmann-Stellvertretern gewählt.

Bundeskanzler Karl Nehammer lobte Martin Gruber als „hart in der Sache, aber ein starker Loyalist. Mit Martin Gruber ist der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt an der Spitze der Kärntner Volkspartei. Er hat in den letzten Jahren bewiesen, dass er sich kompromisslos und mit Hausverstand für die Interessen der Kärntnerinnen und Kärntner einsetzt."

Das Ziel, das von Gruber am Landesparteitag ausgegeben wurde, war klar: Bei der kommenden Landtagswahl so stark zu werden, dass niemand mehr an der Kärntner Volkspartei vorbei könne.

Landtagswahl 2023 – harte Arbeit und klare Botschaft führen zum Erfolg

„Die anderen gewinnen die Umfragen, wir die Wahlen" – ein oft gehörter Satz, der 2023 für die Kärntner Volkspartei und Martin Gruber wahr wurde. Medial heruntergeschrieben, einem negativen Trend trotzend, erreichte die Kärntner Volkspartei bei der Landtagswahl ein Plus von 1,6 Prozent und 7 Landtagsmandate. Seit 2018 entsendet die ÖVP Kärnten mit Sandra Lassnig auch wieder eine Vertreterin in den Bundesrat.

Die Kampagne mit den Attributen „Standhaft", „Tatkräftig" und „Mutmacher" fokussierte auf die Eigenschaften und Stärken von Spitzenkandidat Martin Gruber. Die standhafte und klare Positionierung gegen die Vermögensverschleuderung im Zusammenhang mit dem Klagenfurter Flughafen unterstrichen die Glaubwürdigkeit des Spitzenkandidaten. Der volle Einsatz von ihm, seinem Team und den tausenden Funktionärinnen und Funktionären in den Kärntner Gemeinden führte zu einem Ergebnis von 17,04 %. Wie schon in der vergangenen Periode vertreten Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und LR Mag. Sebastian Schuschnig die Interessen der Bevölkerung in der Kärntner Landesregierung. Die neue SPÖ-ÖVP-Regierung firmierte unter dem Titel der „Nachhaltigkeitskoalition", um in dieser Regierungsperiode die Weichen für die Zukunft des Landes über das Jahr 2028 hinaus zu stellen. Erklärtes Ziel ist es, Kärnten nicht nur zu einem führenden Wirtschafts-, sondern auch zu einem begehrten Lebensstandort weiterzuentwickeln und dafür auch mutige Schritte zu setzen.

Neue Parteizentrale

Mit Jänner 2024 zog die Landespartei in die neue Zentrale in der Herrengasse 8 im Altstadtzentrum der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee. Dieses über 500 Jahre alte historisch Gebäude, modern ausgestattet, ist seitdem ein willkommener Treffpunkt für Funktionärinnen und Funktionäre sowie Service- und Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger. Veranstaltungen, Workshops und Seminare können nun im Herzen der Landespartei abgehalten und die Räumlichkeiten von allen Funktionärinnen und Funktionären auch gratis genutzt werden.

Die Kärntner Volkspartei in der Landesregierung und im Kärntner Landtag

Die Kärntner Volkspartei ist federführend bei der Umsetzung neuer Lösungen für Kärnten. Die Abgeordneten leisten engagierte Arbeit im Gesetzgebungsprozess. In Bezug auf das Energiewendegesetz, welches in die fachliche Zuständigkeit beider Regierungsmitglieder als Referenten für Raumordnung und Energie fällt, fand im Jänner 2025 eine von der Opposition initiierte Volksbefragung statt, die kein eindeutiges Stimmungsbild in der Bevölkerung hervorbrachte.

Nach intensiven Verhandlungen erreichte Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber schließlich eine Einigung zur Zukunft der Windkraft, die die Anliegen und Sorgen beider Seiten, der Befürworter und Gegner von Windkraft, berücksichtigt. Damit wird auch die Versorgungssicherheit in Kärnten gewährleistet und die Abhängigkeit von ausländischen Märkten reduziert.

Der ÖVP-Landtagsclub präsentiert das Landesparlament als Ort des Diskurses und organisiert regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Fragestellungen – von einer Roadshow mit Bundesministern zu multiplen Krisen bis hin zu einem Handy-Verbot in Pflichtschulen. Die „Clubgespräche" sorgen für volle Säle und angeregte Debatten.

Kommunale Ebene

Das Herzstück unserer Organisation sind die Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mandatarinnen und Mandatare in den Gemeinden. Aktuell stellt die Volkspartei mit 48 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die zweitmeisten Gemeindevertreter in Kärnten. Ziel ist es, diese Zahl bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2027 weiter auszubauen. Eines der Hauptaugenmerke der Arbeit der Landespartei liegt daher am bestmöglichen Support unserer kommunalen Entscheidungsträger in den Bereichen Aus- und Weiterbildung (AGO-Schulungen, Jahresplanungsklausuren, fachspezifische GR-Angebote und Workshops, Funktionärscoachings, ...), Öffentlichkeitsarbeit (Gemeindezeitungen, Social Media, Werbemittel und Veranstaltungsunterstützung ...) sowie die strategische Planung und Konzeptionierung im Hinblick auf die GRW 2027.

Niederösterreich

Landtagswahl am 29. Jänner 2023

Die NÖ-Landtagswahl am 29. März 2023 fand in Zeiten multipler Krisen, Protestwellen und dem Eindruck der Folgen der Covid-19-Pandemie statt. Die Volkspartei Niederösterreich erzielte trotz Verlusten mit über 15 Prozent Vorsprung klar Platz 1 und hält aktuell das beste VP-Ergebnis im Bundesländervergleich.

Die anschließenden Verhandlungen mit der Hergovich-SPÖ scheiterten an unverrückbaren SPÖ-Forderungen. Beispielsweise war eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose mit jährlichen Ausgaben von 440 Mio. Euro bei 18.000 offenen Stellen, neue Steuern auf Eigentum, Grund und Boden oder gratis Nachhilfe für alle Schülerinnen und Schüler nicht nur unleistbar, sondern schlicht untragbar. Die Zusammenarbeit im Landtag erfolgt seitdem auf Grundlage eines Arbeitsübereinkommens mit der FPÖ NÖ im Dienst für Land und Leute mit dem Ziel „Niederösterreich weiterbringen“. Schwerpunkte dabei sind der Ausbau der Kinderbetreuung mit Wahlfreiheit, eine smarte Wirtschaftsregion, das Vorantreiben der Energieunabhängigkeit, Soziales, Mobilität sowie Integration bei einem Bekenntnis zu Europa.

700 Tage nach der Landtagswahl sind bereits 45 Prozent aller Punkte des gemeinsamen Arbeitsübereinkommens umgesetzt. Weitere 40 % befinden sich derzeit in Umsetzung und 15 % werden vorbereitet. Besondere Schwerpunkte sind der Ausbau der Kinderbetreuung, die Unterstützung pflegebedürftiger Landsleute, Wirtschaftsförderungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz oder das Wirtepaket.

Der Aktionsplan gegen den radikalen Islam bedeutet eine Vorreiterrolle gegenüber dem radikalen Islamismus. Der Gesundheitspakt 2040+ sichert als größte Gesundheitsreform das NÖ-Gesundheitssystem nachhaltig. Wissenschaftliches Ziel ist, einen Nobelpreis nach Niederösterreich zu holen. Für leistbaren Wohnraum ist die Wohnbauförderung neu gestaltet worden, das Land bleibt weiterhin Vorreiter bei Wind- und Solarstrom. Der 3. Nationalpark Kampwald sichert ein Naturjuwel für kommende Generationen.

Politik für die breite Mitte – so funktioniert Niederösterreich

Wer die Anliegen der breiten Mitte der Bevölkerung vertritt, der vertritt den Ausgleich in der Gesellschaft – mit einer Politik der Vernunft und des Hausverstands. Denn es liegt im Wesen der Volkspartei Niederösterreich, die breite Mitte der Bevölkerung zu vertreten – und zwar sozial ausgewogen, im Gegensatz zu den politischen Rändern.

Gerade Niederösterreich zeigt: Vieles läuft wirklich gut. Unser Land funktioniert – getragen von der breiten Mitte der Gesellschaft. Und wir wollen, dass diese breite Mitte in der Öffentlichkeit wieder stärker zum Tragen kommt. Mit ihrem Engagement, ihrer Leistungsorientierung, ihrem Verständnis des Zusammenlebens und des Zusammenhalts und mit ihren Werten. Damit nicht nur Extrempositionen die öffentliche Auseinandersetzung prägen.

Mit „So funktioniert Niederösterreich“ sagen wir ganz einfach, wie es ist – bei uns in Niederösterreich. Und wie wir dafür sorgen, dass unser Land auch in Zukunft so lebens- und liebenswert bleibt. Denn unsere Zukunft in Niederösterreich steht auf einem sicheren Fundament.

Das schützen wir gemeinsam, darauf bauen wir.

Darauf können die Menschen in unserem Land vertrauen. Es ist die Mitte, die für uns zählt.

568 Gemeinde-Wahlen am 26. Jänner 2025

Das Jahr 2024 war für die Volkspartei Niederösterreich neben den Bundeswahlen zum Europäischen Parlament im Mai und zum Nationalrat im September vor allem ein Vorbereitungsjahr für 568 individuelle Gemeinde-Wahlen. In mehreren Bezirkstouren hat die Landespartei gemeinsam mit den Bezirks- und Gemeindeparteien Strategien und Kampagnen für 568 individuelle Wahlkämpfe festgelegt.

Die Wahlergebnisse waren unterschiedlicher als je zuvor. Doch der große Blick auf Niederösterreich zeigt: Unter den aktuellen Rahmenbedingungen haben die Kandidatinnen und Kandidaten besser abgeschnitten, als von vielen herbeigeschrieben und von manchen herbeigesehnt worden war.
Die Gemeindeparteien der Volkspartei Niederösterreich konnten mehr erste Plätze erreichen als bei den historisch besten Gemeinde-Wahlen 2020. Die Strategie, die seit 1,5 Jahren verfolgt wurde, war goldrichtig: Es hat keine blaue, rote oder sonstige Welle in Niederösterreich gegeben.
Niederösterreich bleibt das schwarze Kernland der ÖVP!

Tun, was richtig ist. Schützen, was uns wichtig ist.

Nach 1,5 Jahren der unterschiedlichsten Wahlen liegt unser Fokus nun voll und ganz auf unserem Heimatland Niederösterreich.
Wir leben in herausfordernden Zeiten mit tiefgreifenden Veränderungen. In der Welt, in Europa, im Bund. Darum ist für uns in Niederösterreich jetzt die richtige Zeit für Lösungen und Antworten – für klare, entschlossene Schritte. Es ist Zeit für Zukunftsarbeit mit Handlung und Haltung.
Denn wir gestalten die Zukunft innovativ, mit Investitionen in Bildung, Forschung und unseren Wirtschaftsstandort zur Sicherung unseres Wohlstands. Wir investieren in Gesundheit und Sicherheit für unsere Lebensqualität. Und wir stärken Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und achten auf unsere Umwelt.

So schützen wir unsere Kinder und Familien, unsere Kultur und unsere Demokratie und setzen Schwerpunkte für die Zukunft.

Fact/Info.

**Unser Leitsatz:
Tun, was richtig ist.
Schützen, was uns
wichtig ist.**

Oberösterreich

Das Land der Möglichkeiten

Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl am 26. September 2021 arbeitet die OÖVP an einem klaren Ziel und mit einem klaren Plan: Oberösterreich fit zu machen für die neuen globalen Herausforderungen. So soll Oberösterreich für die Menschen zum „Land der Möglichkeiten“ werden. Oberösterreich soll seinen starken industriellen Kern und seine Arbeitsplätze auch in Zeiten von Digitalisierung und Klimaschutz behalten. Und: Oberösterreich soll zu einer der stärksten und saubersten Produktionsregionen Europas werden.

OÖVP mit Abstand stärkste Kraft

Bei der Landtagswahl 2021 erreichte die OÖVP 37,6 Prozent – und trotz deutlich gestiegener Zahl an politischen Mitbewerbern einen Zugewinn. Damit ist die Volkspartei in Oberösterreich weiterhin mit Abstand die stärkste Gestaltungskraft – wie durchgängig in der Linie der Nachkriegsgeschichte mit den Landeshauptleuten Heinrich Gleißner, Erwin Wenzl, Josef Ratzenböck, Josef Pühringer und seit 2017 Thomas Stelzer. Neu ist die Besetzung des Sozialressorts: Erstmals trägt die OÖVP die Verantwortung im Ressort für Soziales und Integration. Und: Seit Oktober 2021 lenkt mit Mag. Florian Hiegelsberger ein neuer Landesgeschäftsführer die Geschicke der OÖVP. Sein großer Schwerpunkt seit Amtsübernahme: der landesweite offene Dialog mit der Parteibasis und das Zusammenführen der Gesellschaft nach Rissbildungen infolge der Corona-Krise.

Die OÖVP stellt sich personell neu auf

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer ist seit März 2025 neuer Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft. Mit Dr. Christian Dörfel übernimmt ein erfahrener Politiker und langjähriger Bürgermeister die Bereiche Soziales, Integration und Jugend als Landesrat. Dörfels Nachfolgerin im OÖVP-Landtagsklub wird Margit Angerlehner, eine erfolgreiche Unternehmerin, Bürgermeisterin und jetzt Klubobfrau. Das freigewordene Landtagsmandat geht an Doris Staudinger aus Nußbach im Bezirk Kirchdorf.

Die Zeichen stehen auf Zukunft

Die Zeichen in Oberösterreich stehen auf Chancen und auf Zukunft. Aus der Verantwortung für das Land wollen wir zukunftsweisende Antworten für das Land und seine Menschen geben. Ausgangsbasis dafür sind eine Standort-Studie, die die Vorreiterrolle Oberösterreichs im Zukunftssegment Umwelttechnik aufzeigt, ein Zukunftsfonds sowie der OÖ-Plan und das Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ. Der OÖ-Plan beinhaltet bis 2026 Sonder-Investitionen des Landes in Höhe von insgesamt 1,2 Milliarden Euro. Damit können laut Einschätzung von Ökonomen knapp 14.000 Arbeitsplätze gesichert und die Transformation beschleunigt werden. Profitieren werden von den Investitionen wichtige Zukunftsfelder wie Schulen, Kinderbetreuung, Fachkräfteausbildung, Forschung und Innovation, Behinderten-Wohnplätze, Verkehrsinfrastruktur, Kultur, Sport sowie die Landwirtschaft.

Sommertour 2023 – Verlässlich für Oberösterreich: Klare Haltung, gemeinsamer Standpunkt

Im Rahmen der Sommertour 2023 wurde neben neuen Workshops für Gemeindeparteien und Neumitgliederwettbewerben auch die OÖVP-Sommerkampagne präsentiert. Im Zuge dieser wurden den Gemeinden „OÖ Familienbankerl“ auf Initiative von Landeshauptmann Thomas Stelzer zur Verfügung gestellt. Mit diesen Bankerl haben wir als Familienpartei oberösterreichweit ein starkes Zeichen gesetzt und den hohen Stellenwert, den Familien für uns und unsere Arbeit haben, noch stärker zum Ausdruck gebracht.

14. Kommunalpolitisches Forum

Die Oberösterreichische Volkspartei lud am 10. und 11. November 2023 im Rahmen des „Kommunalpolitischen Forums“ ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre zu Impulsvorträgen, Diskussionen und Workshops ins Atrium in Bad Schallerbach ein. Rund 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer widmeten sich unter dem Motto „Verlässlich für unsere Gemeinden und Städte“ dem breiten Themenfeld der Kommunalpolitik. Das „Kommunalpolitische Forum“ dient als Plattform unserer Funktionärinnen und Funktionäre, um sich gegenseitig auszutauschen und neue Impulse für ihre Arbeit vor Ort mitzunehmen.

OÖVP seit 80 Jahren die Oberösterreich-Partei

Zum Jahresbeginn 2025 wurden rund 1000 Funktionärinnen und Funktionäre im Rahmen von Empfängen in allen Wahlkreisen von Landeshauptmann Thomas Stelzer und seinem Regierungsteam auf die zentralen Aufgaben und Herausforderungen eingestimmt: Für den Fortbestand des Wohlstands und der sozialen Systeme in Österreich ist Wirtschaftswachstum unerlässlich. Nur durch stärkere wirtschaftliche Leistung könnten die nötigen Mittel für den Staat generiert werden. Die OÖVP ist seit 80 Jahren die Oberösterreich-Partei und auch weiterhin die führende Kraft in Oberösterreich.

Landtagswahl 2023

Unter dem Motto „Gemeinsam ist alles machbar“ ging die Salzburger Volkspartei mit einem Plan für Salzburg in die Landtagswahl. Mit 30,4 % (–7,4 %) konnte die Salzburger Volkspartei den ersten Platz vor einer starken FPÖ verteidigen. Da die vorherigen Koalitionspartner GRÜNE und NEOS ebenfalls etwas an Prozentpunkten verloren, wurde eine neue Koalition mit der FPÖ unter dem Motto „Salzburg – Gemeinsam und sicher in eine stabile Zukunft“ eingegangen.

Arbeiterkammerwahl 2024

Bei der Arbeiterkammerwahl konnte der ÖAAB/FCG/Salzburger Volkspartei mit Spitzenkandidat Hans Grünwald den zweiten Platz verteidigen, musste aber leider Verluste in Kauf nehmen: Ergebnis 2024: 10,93 % und 8 Mandate. Ergebnis 2019: 14,32 % und 10 Mandate.

Bürgermeisterdirekt- und Gemeinderatswahlen 2024

Nach den Bürgermeisterdirekt- und Gemeinderatswahlen 24 stellt die Salzburger Volkspartei 89 von 119 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie 1.061 Gemeindevertreterinnen und -vertreter von insgesamt 2.164 im Bundesland. Damit blieb die Salzburger Volkspartei trotz teils schmerzlicher Verluste (–7 Bürgermeistersessel) weiterhin dominierende kommunalpolitische Kraft in Salzburg.

Europawahlen 2024

Unter dem Motto „Europa. Aber besser.“ ging die Volkspartei in diese richtungsweisende Wahl für Europa. Mit unserem Salzburger Spitzenkandidaten Jurica Mustac hat sich ein studierter EU-Experte mit viel politischer Erfahrung der Wahl gestellt. Trotz starker Verluste konnte die Salzburger Volkspartei auch bei dieser Wahl mit 29,4 % (–13,7 %) den ersten Platz erreichen.

Nationalratswahl 2024

Mit der Salzburger Europa- und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler ist die Salzburger Volkspartei mit einer starken Persönlichkeit an der Spitze der Landesliste in diese Nationalratswahl gegangen. Trotz der erwartbaren Verluste – immerhin lag die Ausgangsposition in Salzburg bei über 46 % – ist es in Salzburg auch gegen den Bundestrend gelungen, die Nummer-1-Position zu verteidigen. Mit 31,2 % konnte die Salzburger Volkspartei das beste Bundesländerergebnis erreichen. Somit zogen 4 Salzburger Abgeordnete in den Nationalrat ein.

Bürgerbefragung zur Mobilitätslösung Flachgau, Tennengau, Stadt Salzburg

Am 10.11. hatten rund 250.000 Stimmberechtigte in der Stadt Salzburg, im Flachgau und im Tennengau die Möglichkeit, über die Mobilitätslösung abzustimmen. Es kam zu einem äußerst engagierten, parteiübergreifenden Wahlkampf. So kamen beispielsweise die Salzburger Jugendorganisationen – von den Jungen Linken bis zum Ring Freiheitlicher Jugendlicher, von der JVP bis zur Landjugend, Junos, Volt, Schülerunion und LSV bis hin zur Grünen Jugend innerhalb eines überparteilichen Vereins „Dafür“ – für die Umsetzung der umfassenden Mobilitätslösung in Salzburg zusammen. Leider stimmten die 42,2 % der Wahlberechtigten, die zur Abstimmung gegangen sind, mit 53,3 % „NEIN“, was einer Fortführung unserer Mobilitätspläne, vor allem dem Großprojekt „S-LINK“, ein Ende bereitete.

Schwerpunkte 2022–2025

2023: Unser Plan für Salzburg: Wahlprogramm Landtagswahl

Gerade in einer Zeitenwende braucht es klare Visionen und einen Plan, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll. Dieses Wahlprogramm soll darstellen, welche Visionen wir für Salzburg haben und wie wir diese konkret umsetzen werden. Denn die wichtigen Weichenstellungen müssen jetzt getroffen werden.
Österreich und insbesondere Salzburg stehen vor einer Zeitenwende, geprägt von geopolitischen Umbrüchen, Migration, Klimawandel und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die bisherige Vorstellung von Stabilität in Europa bröckelt, während weltweite Krisen wie die Corona-Pandemie und Inflation die Unsicherheiten verstärken. Salzburg hat eine lange Tradition der Solidarität mit Geflüchteten, betont aber die Notwendigkeit einer klaren Trennung zwischen Asyl und wirtschaftlicher Migration. Der Klimawandel gilt als größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte, weshalb entschlossene Maßnahmen zur Reduktion fossiler Energieträger und zum Ausbau erneuerbarer Energien notwendig sind. Gleichzeitig müssen Lösungen für die steigenden Lebenshaltungskosten und die Absicherung des Gesundheits- und Pflegesystems gefunden werden. Salzburg sieht sich finanziell gut aufgestellt, um diese Herausforderungen ohne neue Verschuldung zu bewältigen. Dabei setzt die Salzburger Volkspartei auf Stabilität, Sicherheit und eine vorausschauende Politik. Entscheidend ist, die Bevölkerung in die Veränderungen einzubeziehen und pragmatische, nachhaltige Lösungen umzusetzen. Ein Mix aus wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Verantwortung soll Salzburg zukunftssicher machen. Das Wahlprogramm legt konkrete Maßnahmen fest, um die Weichen für eine positive Zukunft zu stellen – nach dem Motto: „Gemeinsam ist alles machbar.“

Herbst 2023–2024: Zukunftsprozess der Salzburger Volkspartei

Ende 2023 erfolgte der Startschuss für den Zukunftsprozess der Salzburger Volkspartei. Im Rahmen unserer Zukunftsgespräche, die bereits an Standorten in allen Bezirken stattgefunden haben, setzen wir einen wichtigen Meilenstein für die Erneuerung der Salzburger Volkspartei. Zahlreiche engagierte Funktionärinnen und Funktionäre sind dabei zusammengekommen, um gemeinsam Ideen zu diskutieren und Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Die Themenpalette ist vielfältig: Von der Stärkung der Rolle von Frauen und Jugendlichen in der Partei über die effektive Nutzung von Social Media bis hin zu neuen Weiterbildungsmöglichkeiten für unsere Mitglieder. Diese Gespräche zeigen eindrucksvoll, wie wichtig die Meinungen und Standpunkte unserer Mitglieder sind – sie leisten einen wertvollen Beitrag, um die Volkspartei zukunftsfit und stark aufzustellen. Mit diesem partizipativen Ansatz legen wir die Grundlage für eine dynamische und moderne Partei, die ihre Wurzeln in den Anliegen ihrer Mitglieder und der Bevölkerung fest verankert.

Jänner 2024: Neue Kampagne: Unsere Kraft kommt aus der Mitte

Die Kampagne soll die Werte der bürgerlichen Mitte neu definieren und stärken. Sie positioniert sich klar gegen politische Extreme – sowohl gegen linke Ideologien als auch gegen rechten Populismus – und setzt auf eine pragmatische, wertebasierte Politik. Im Zentrum steht ein Gleichgewicht zwischen scheinbaren Gegensätzen: Leistung und Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit, Eigenverantwortung und soziales Netz, Weltoffenheit und Heimat. Die Partei will ein positives Angebot für die politische Mitte formulieren, das sich gegen Polarisierung und ideologische Übertreibungen abgrenzt. Dabei sollen bürgerliche Grundwerte aktiv verteidigt werden, insbesondere gegen gesellschaftliche Erosion, moralische Bevormundung und politische Radikalisierung. Die Kampagne setzt auf einen offenen und langfristigen Beteiligungsprozess, der über Parteigrenzen hinausgeht und die Bevölkerung einbindet. Ziel ist es, nicht nur eine programmatische Neuausrichtung vorzunehmen, sondern auch wieder Begeisterung für Politik und gemeinsame Werte zu schaffen. Der Weg dorthin wird durch eine Kombination aus Rückbesinnung auf traditionelle Werte und einer Weiterentwicklung für die Zukunft geprägt. Die traditionelle Gemeindekonferenz markiert den Auftakt dieses Prozesses, dem zahlreiche offene Diskussionsformate folgen sollen. Am Ende soll eine Bilanz gezogen werden, um die erarbeiteten Werte in der politischen Praxis fest zu verankern. Zum ersten Mal entstand die begleitende Kampagne dazu live während der Veranstaltung.

Salzburg

Mai 2024:
Neue Kampagne:
Salzburg – in guten Händen.

Die Salzburger Volkspartei verfolgt seit Jahrzehnten den „Salzburger Weg“, der das Bundesland zu einer der lebenswertesten und erfolgreichsten Regionen Europas gemacht hat. In Zeiten multipler Krisen setzt die Partei auf Stabilität, Sicherheit und Verantwortung, um Salzburg weiterhin „in guten Händen“ zu halten. Populismus und Extremismus werden als Bedrohungen gesehen, weshalb eine besonnene, verlässliche Politik notwendig sei. Das zentrale Motto der Kampagne „In guten Händen“ wird auf verschiedenen Ebenen kommuniziert – von der Landespolitik über Wirtschaft, Gesundheit und Bildung bis hin zu Klimaschutz und Sicherheit. Salzburgs Wohlstand und Lebensqualität sollen durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, ein starkes Sozialsystem und gezielte Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung gesichert werden. Besonders betont wird die Notwendigkeit eines sozialen Miteinanders und einer zukunftsorientierten Politik für kommende Generationen. Die Mobilitätswende, die Stärkung der Landwirtschaft und Salzburgs Position innerhalb der EU sind weitere zentrale Themen. Die Volkspartei sieht sich als Garant für eine verlässliche Verwaltung und eine Politik, die Herausforderungen aktiv angeht. Die klare Botschaft lautet, dass Salzburgs Zukunft in erfahrenen und verantwortungsvollen Händen liegt. Die Kampagne stellt konkrete Maßnahmen vor, um diesen Anspruch mit Leben zu füllen.

Februar 25:
Übergabe Parteivorsitz

Landeshauptmann Wilfried Haslauer hat mit 01. Februar 2025 nach 21 Jahren den Vorsitz der Salzburger Volkspartei an seine Nachfolgerin Mag. Karoline Edtstadler übergeben. „Ich bin überzeugt, dass wir den richtigen Zeitpunkt für eine geordnete Übergabe gefunden haben, und wünsche Karoline Edtstadler viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben als Parteiobfrau. Sie wird das sicher ausgezeichnet machen“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der mit 2. Juli 2025 auch sein Amt als Landeshauptmann an Karoline Edtstadler übergeben wird. „Diese neue Herausforderung ist für mich eine Herzensangelegenheit und ich nehme dieses Amt mit Demut, Freude und voll Elan sehr gerne an. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den vielen engagierten Ehrenamtlichen. Ich werde alles tun, um das mir entgegengebrachte Vertrauen für die Salzburger Volkspartei zu rechtfertigen“, so die gf. Landesparteiobfrau Karoline Edtstadler.

Steiermark

Bundesparteitag 2022
Karl Nehammer zu Gast in Graz

In der Grazer Helmut-List-Halle fand im Mai 2022 der 40. außerordentliche Bundesparteitag der Volkspartei statt. Dabei wurde Bundeskanzler Karl Nehammer mit fulminanten und historischen 100 Prozent der 524 Delegiertenstimmen offiziell zum Bundesparteiobmann gewählt.

Christopher Drexler folgte Hermann Schützenhöfer als Landeshauptmann

Im Juli 2022 hat Hermann Schützenhöfer das Amt des Landeshauptmannes der Steiermark zurückgelegt und dem erweiterten Landesparteivorstand in einer Sitzung Christopher Drexler als seinen Nachfolger als Landeshauptmann sowie darüber hinaus als geschäftsführenden Landesparteiobmann vorgeschlagen. Christopher Drexler wurde daraufhin im Landtag Steiermark zum Landeshauptmann gewählt und am 4. Juli 2022 in der Wiener Hofburg als neuer Landeshauptmann der Steiermark von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt.

Werner Amon wird neuer Landesrat

Nachdem Christopher Drexler im Juli 2022 zum neuen Landeshauptmann der Steiermark gewählt worden war, folgte ihm Werner Amon als Landesrat auf das freiwerdende Mandat. Er ist für die Ressorts Bildung, Europa und Personal verantwortlich. Landesrätin Juliane Bogner-Strauß – bis dahin für Bildung zuständig – verantwortet dann weiterhin das Gesellschaftsressort (Familie, Frauen, Jugend), Gesundheit und Pflege sowie neu das Sportressort. Christopher Drexler bleibt Kulturreferent.

Karl Schmidhofer kehrt in Nationalrat zurück

Nach dem Wechsel von Werner Amon in die Landespolitik folgte ihm Gabriela Schwarz als Volksanwältin nach. Ihr Mandat auf der Bundesparteiliste übernahm Josef Smolle, sein dadurch freigewordenes Mandat auf der Landesparteiliste erhielt Karl Schmidhofer. Er ergänzt damit das Team der steirischen Abgeordneten im Nationalrat in Wien.

Christopher Drexler wird neuer Landesparteiobmann

Landeshauptmann Christopher Drexler wurde beim 24. ordentlichen Landesparteitag der Steirischen Volkspartei im September 2022 in Graz mit 98,03% zum Landesparteiobmann gewählt. 449 der 458 Delegierten stimmten für ihn und wählten ihn damit als Landesparteiobmann.

Landeshauptmann a.D. Hermann Schützenhöfer erhielt Ehrenring des Landes Steiermark

Im feierlichen Rahmen der Aula der Alten Universität überreichte Landeshauptmann Christopher Drexler am 16.2.2023 seinem Vorgänger Landeshauptmann a.D. Hermann Schützenhöfer mit dem Ehrenring des Landes Steiermark die höchste Auszeichnung, die das Land Steiermark vergibt.

Steiermarkrede von Landeshauptmann Christopher Drexler

Am 19. März feiert die Steiermark ihren Landesfeiertag, den Josefitag. Aus diesem Anlass hielt Landesparteiobmann Landeshauptmann Christopher Drexler in den Jahren 2023 und 2024 seine Steiermarkrede in der Aula der Alten Universität Graz. Darin unterstreicht er die Besonderheiten unseres Bundeslandes – insbesondere den Steirerstolz, die Landesverbundenheit und die anderenorts oftmals abhanden gekommene Fähigkeit zur Zusammenarbeit – und gibt einen Ausblick auf einige der wichtigsten Zukunftsthemen für die Steiermark.

Ostereier und Krenwurzen für die Steirerinnen und Steirer

Unsere Funktionärinnen und Funktionäre sind jedes Jahr zu Ostern in der ganzen Steiermark unterwegs, um österliche Grüße zu überreichen. Zu Ostern 2023 wurden 122.400 steirische Ostereier und 60.170 Krenwurzen verteilt. Im Jahr 2024 konnten wir diese Zahl sogar noch steigern: 151.920 Ostereier und

78.320 Krenwurzen fanden ihren Weg zu den Steirerinnen und Steirern.

Abgeordnetenkonferenz 2023

Bei der Abgeordnetenkonferenz im April 2023 trafen sich die Mandatarinnen und Mandatare sowie Funktionärinnen und Funktionäre und widmeten sich zwei Tage lang den zentralen Themen und zukünftigen Herausforderungen für die Steiermark. Unter anderem hat Landeshauptmann und Landesparteiobmann Christopher Drexler angekündigt, das „Modell Steiermark", das sich als Denk- und Dialogformat im politischen Langzeitprogramm etabliert hat, neu aufladen und gestalten zu wollen.

1.-Mai-Aktion: Symbolisches „Dankeschön"

Am 1. Mai sagt die Steirische Volkspartei traditionell „Danke": Jedes Jahr am „Tag der Arbeit" besuchen Landesparteiobmann Landeshauptmann Christopher Drexler sowie Regierungsmitglieder, zahlreiche Abgeordnete sowie Funktionärinnen und Funktionäre in der ganzen Steiermark Menschen an ihrem Arbeitsplatz und bringen ihnen ein Frühstück oder eine Jause vorbei.

Wanderung mit Landeshauptmann Christopher Drexler auf den Schöckl

Mehr als 300 Sportbegeisterte, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder der Steirischen Volkspartei nahmen am 11. August 2023 bei der Schöckl-Wanderung mit Landesparteiobmann Landeshauptmann Christopher Drexler teil. Unter dem Motto „Alles geben für weiß-grün!" nutzte man die Gelegenheit, über aktuelle Herausforderungen und Zukunftsthemen ins Gespräch zu kommen. Während der rund zweistündigen Tour konnten der Landeshauptmann und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Anliegen und Ideen für die Steiermark besprechen.

Kochbuch „Steiermark genießen"

Im September 2023 präsentierten Landeshauptmann Christopher Drexler und die Steirische Volkspartei das Kochbuch „Steiermark genießen". Das Besondere am Kochbuch: Es enthält 50 persönliche Rezepte von Steirerinnen und Steirern für Steirerinnen und Steirer. Im Frühsommer rief man die Steirerinnen und Steirer dazu auf, ihre Lieblingsrezepte einzusenden und damit Teil des steirischen Kochbuchs zu werden. Insgesamt kamen dabei rund 240 Rezepte mit regionaltypischen Zutaten zusammen. Hochkarätige Genussexpertinnen und -experten wählten schließlich 49 Rezepte aus, die nachgekocht und professionell fotografiert wurden. Das 50. Rezept steuerte der Landeshauptmann persönlich mit seinen „Roggenen Krapfen mit Steirerkäse" bei.

„Modell Steiermark"

Im Herbst 2023 fiel der offizielle Startschuss für die Auseinandersetzung mit jenen sieben zentralen Zukunftsthemen, denen sich die Denkwerkstatt der Steirischen Volkspartei, das „Modell Steiermark", verschrieben hat: So stellte man neben den jeweiligen Themenverantwortlichen auf wissenschaftlicher wie politischer Seite auch zentrale Fragestellungen zu digitaler, europäischer, forschender, gesunder, klimafitter und mobiler Zukunft vor. Außerdem lud das „Modell Steiermark" im Mai 2024 mit einem eigenen Ideenwettbewerb alle Steirerinnen und Steirer zwischen 16 und 28 Jahren dazu ein, gemeinsam die Zukunft der Steiermark nachhaltig mitzugestalten und Projektideen oder innovative Lösungsvorschläge für die Herausforderungen der Zukunft einzureichen. Die Siegerprojekte wurden von Landeshauptmann Christopher Drexler und „Modell Steiermark"-Geschäftsführer Günther Ruprecht ausgezeichnet.

Karlheinz Kornhäusl und Simone Schmiedtbauer werden neue Regierungsmitglieder

Nach dem gesundheitlich bedingten Rücktritt von Landesrat Hans Seitinger und dem Rücktritt von Landesrätin Juliane Bogner-Strauß werden Karlheinz Kornhäusl und Simone Schmiedtbauer im Oktober 2023 zu Landesregierungsmitgliedern gewählt.

Abschied von Gregor Hammerl – neuer Landesobmann des Steirischen Seniorenbundes

Bundesratspräsident a.D. Gregor Hammerl ist am 1. November 2023 im Alter von 81 Jahren in Graz verstorben. Seit 2009 hatte er das Amt des Landesobmanns des Steirischen Seniorenbundes inne. Beim 12. Landesseniorentag wurde Bundesrat Ernest Schwindsackl mit 100% der 468 Delegiertenstimmen zu seinem Nachfolger gewählt.

85. Geburtstag Josef Riegler

Anlässlich des 85. Geburtstages von Vizekanzler a.D. Josef Riegler lud Landesparteiobmann Landeshauptmann Christopher Drexler in die Grazer Burg. Im Rahmen einer feierlichen Zusammenkunft gratulierten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Steirischen Volkspartei dem Jubilar zu seinem Geburtstag.

Steiermark-Konferenz

Mit der Steiermark-Konferenz setzte die Steirische Volkspartei im Februar 2024 ein kraftvolles Zeichen des Zusammenhalts. Rund 700 Gäste folgten der Einladung in die Seifenfabrik in Graz, um sich gemeinsam auf das politische Jahr 2024 einzustimmen. Für die Einstimmung sorgten die Rede von Bundesparteiobmann Bundeskanzler Karl Nehammer und ein Vortrag der Ex-Skirennläuferin Nici Schmidhofer.

Beliebte Tradition kehrt zurück – Schnapserturnier 2024

Nach fast 20 Jahren Pause hat die Steirische Volkspartei ihre eigene Tradition des Bezirks- und Landesschnapsens wieder aufgenommen. Steiermarkweit wurden zahlreiche Schnapserturniere durchgeführt, nur die Bestplatzierten waren beim großen Landesfinale dabei. Rund 320 Schnapserinnen und Schnapser aus 120 Gemeinden in der ganzen Steiermark kamen dann im April 2024 im Schwarzl Freizeitzentrum in Premstätten zusammen, um im großen Landesfinale der steirischen Schnapserturniere gegeneinander anzutreten.

Abgeordnetenkonferenz 2024

Bei der Abgeordnetenkonferenz in St. Kathrein am Offenegg diskutierten die Abgeordneten über die zentralen Herausforderungen der Steiermark. Dabei standen Themen wie Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Migration und Wirtschaft im Fokus. Zudem präsentierten Regierungsmitglieder ihre Arbeitsprogramme für 2024, und EU-Spitzenkandidat Reinhold Lopatka gab Einblicke in seinen bevorstehenden Wahlkampf.

EU-Wahl 2024

Bei der EU-Wahl 2024 landete die ÖVP mit 24,7 Prozent auf dem zweiten Platz, hinter der FPÖ. Dies stellte einen Rückgang von 9,9 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl dar. Die Partei verlor zwei ihrer bisherigen sieben Sitze. Spitzenkandidat für Österreich und für die Steiermark war der Steirer Reinhold Lopatka.

Steirisches Jahrbuch für Politik

Jährlich wird das vom Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark – unterstützt vom Landtagsklub der Steirischen Volkspartei – herausgegebene „Steirische Jahrbuch für Politik" präsentiert. Es gibt einen zeitnahen und kontextbezogenen Einblick in die wesentlichen Entwicklungen der Politik und Gesellschaft in der Steiermark.

Steirische Volkspartei trauert um Hans Seitinger

Hans Seitinger, langjähriger Landesrat und Landesobmann des Steirischen Bauernbundes, ist am 14. Juli 2024 im Alter von 63 Jahren verstorben. In seiner über 20-jährigen politischen Laufbahn prägte er maßgeblich die Land- und Forstwirtschaft sowie wichtige Projekte im Bereich Wohnbau und Wasserwirtschaft. Sein Engagement für die Steiermark und die Steirerinnen und Steirer wird in Erinnerung bleiben.

Monat des Ehrenamts

Anfang Juni haben wir als Steirische Volkspartei den Monat des Ehrenamts ausgerufen und die Steirerinnen und Steirer gebeten, herausragende Ehrenamtliche aus ihrem Umfeld zu nominieren. Bei der Abschlussveranstaltung zum „Monat des Ehrenamts“ durften wir diese Persönlichkeiten, die sich freiwillig und unentgeltlich in den Dienst der Gesellschaft stellen, in feierlichem Rahmen auszeichnen und würdigen. Insgesamt wurden rund 350 Nominierungen aus der gesamten Steiermark abgegeben.

Miteinander reden ist Steirisch!

Bereits 2022 und 2023 waren wir mit unserem „Mobilen Stammtisch“ in der ganzen Steiermark unterwegs. Auf Initiative des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei fand diese Tour auch 2024 eine Fortsetzung, um mit den Steirerinnen und Steirern vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Nationalratswahl 2024

Bei der Nationalratswahl in der Steiermark im September 2024 haben wir als ÖVP leider deutlich an Stimmen verloren und erreichten nur noch 26,8 %, was einen Verlust von 9,2 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl bedeutet. Die FPÖ konnte sich mit 34,8 % als stärkste Kraft behaupten. Spitzenkandidat für die Steiermark war Kurt Egger.

„Land der Talente“-Tour

2019 führte uns die „Land der Talente“-Tour erstmals quer durch die Steiermark, um regionale Unternehmen und Projekte zu besuchen und sie für ihren Einsatz für die Steiermark auszuzeichnen. Nach erfolgreicher Fortsetzung 2021 waren wir erneut unterwegs, um regionale Talente zu fördern. 2024 liegt der Fokus auf besonderen Klimaschutz-Initiativen. Die Tour durch alle 13 Bezirke bringt herausragende Projekte in den Vordergrund und zeigt, wie vielfältig sich die Steiermark für den Klimaschutz einsetzt.

Landeshauptmann Christopher Drexler tourt durch die steirischen Bezirke

Im Sommer 2024 besuchte Landeshauptmann Christopher Drexler alle steirischen Bezirke, um sich vor Ort ein Bild der starken steirischen Regionen zu machen. Startschuss für die Tour bildete der Bezirk Südoststeiermark am 10. April.

Steirisches Pilzbüchl

Mit dem Europäischen Pilztag am 28. September will die Steirische Volkspartei die Beliebtheit von Schwammerln und Pilzen weiter steigern. Um die vielen Besonderheiten der steirischen Wälder hervorzuheben, haben wir ein eigenes Büchlein und eine dazu passende Stofftasche zum Sammeln der gefundenen Pilze produziert. Das Büchlein präsentiert die besten steirischen Speisepilze, gibt Tipps für die Suche und beinhaltet ganz besondere Rezepte, mit denen man das geschmacklich Beste aus den Schwammerln und Pilzen herausholen kann.

Miteinander. Auf gut Steirisch.

Am 4. November startete die Steirische Volkspartei mit dem Auftakt zur „Steiermarktour“ mit rund 1.500 Menschen in die Intensivphase der Wahlbewegung. Im Zuge der Tour besuchte Landeshauptmann Christopher Drexler in fünf Tagen alle zwölf weiteren Bezirke der Steiermark. Den ersten Tour-Stopp legte Drexler in Murau ein.

Landtagswahl 2024

Bei der Landtagswahl am 24. November 2024 erzielten wir als Steirische Volkspartei ein Ergebnis von 26,8 % der Stimmen. Das bedeutete einen Verlust von 9,2 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl. Die FPÖ konnte sich mit 34,8% als stärkste Partei durchsetzen.

Glühweinstand für den guten Zweck

In der Weihnachtszeit wurde vom Landtagsklub der Steirischen Volkspartei ein Glühweinstand für den guten Zweck betrieben. Der gesamte Reinerlös kam sowohl 2023 als auch 2024 der Österreichischen Krebshilfe Steiermark und der Leukämiehilfe Steiermark zugute.

Neue Landeshauptmann-Stellvertreterin und neuer Klubobmann

Manuela Khom ist neue Landeshauptmann-Stellvertreterin und geschäftsführende Landesparteiobfrau. Zudem wurde Lukas Schnitzer zum neuen Klubobmann der Steirischen Volkspartei gewählt. Zu den neuen Abgeordneten im Landtag gehören Sandra Holasek, Martina Kaufmann, Cornelia Izzo und Johannes Wieser. Im Bundesrat werden wir von Günther Ruprecht, Ernest Schwindsackl und Antonia Herunter vertreten.

„Gemeindestammtische“-Tour mit LH.-Stv. Manuela Khom

Im Februar/März 2025 ist LH.-Stv. Manuela Khom in der ganzen Steiermark unterwegs, um mit den Vertreterinnen und Vertretern der Steirischen Volkspartei in den Gemeinden zu sprechen. Ziel der Gemeindestammtische ist es, alle Bezirke zu besuchen und die wesentlichen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger aus den Gemeinden zu treffen und persönlich kennen zu lernen.

Tirol

Weil’s um Tirol geht

Das vergangene Jahr stand für die Tiroler Volkspartei ganz im Zeichen der Europa- und Nationalratswahlen. Die aktuelle Gemeinderatsperiode hat die Halbzeit erreicht.

Nationalratswahl als Tiroler Volkspartei

Unter dem Slogan „Weil’s um Tirol geht“ haben wir als Teil der Bundeskampagne für unsere Kandidatinnen und Kandidaten geworben. Mit 31 % der Stimmen erreichten wir, trotz deutlicher Verluste, das zweitbeste Ergebnis aller Bundesländer. Vier Tiroler Abgeordnete sind nach der Wahl direkt in den Nationalrat eingezogen: Norbert Totschnig, Josef Hechenberger, Margreth Falkner und Klaus Mair. Bundesminister Norbert Totschnig ist in der neu gebildeten Bundesregierung mit den Themen Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft betraut. Für ihn rückte Jakob Grüner in den Nationalrat nach.

Europawahl als Tiroler Volkspartei

In der Europawahl ist als Tiroler Spitzenkandidatin Sophia Kircher mit dem Ziel, eine starke Stimme Tirols zu sein, angetreten. Mit 29,8 % konnte Tirol, trotz deutlicher Verluste, das beste ÖVP-Ergebnis aller Bundesländer erreichen. Sophia Kircher konnte 23.411 Vorzugsstimmen auf sich vereinen und hat den Einzug ins Europaparlament geschafft.

Halbzeit der Gemeinderatsperiode

Die letzten Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen fanden in Tirol am 27. Februar 2022 statt. Daher ist aktuell die Hälfte der sechsjährigen Gemeinderatsperiode erreicht. Viele Gemeinden ziehen ein Halbzeitfazit zu den abgeschlossenen Projekten. Als unangefochtene Gemeinderats- und Bürgermeisterpartei erreichte die ÖVP in Tirol beim letzten Wahlgang 232 von 277 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie zwei Drittel aller Gemeinderatsmandate. Die feste Verankerung in den Gemeinden ist eine der wesentlichen Stärken der Tiroler Volkspartei.

Für die Tiroler VP ist die Gemeinderatswahl ein wichtiger Wahlgang, weil die Gemeinden das Rückgrat und das Herz des Landes sind. Die vielen BürgermeisterInnen, GemeinderätInnen und FunktionärInnen sind das Fundament der Partei. Gemeinderatswahlen sind in erster Linie aber Persönlichkeitswahlen. Denn es geht um die Arbeit vor Ort und das Zusammenleben in den Gemeinden. Die Partei zeigt deshalb viel Engagement für die Ortsparteien, um Menschen – insbesondere Junge und Frauen – für die Gemeindepolitik zu begeistern und ihnen auch die richtigen Werkzeuge mitzugeben. Tirolweit kandidierten im letzten Wahlgang fast 860 Listen und 560 Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten. Die Volkspartei unterstützte 475 wahlwerbende Listen sowie 350 Kandidatinnen bzw. Kandidaten für das Bürgermeisteramt und setzte dabei auf ein breites Service- und Seminarangebot. Unterstützung gab es bei Strategie, Wahlrechts-Fragen, Grafik, Werbemitteln, Fotografie, PR-Arbeit und Social Media. Zur Halbzeit werden nun Strategiegespräche und -workshops angeboten und durchgeführt. Denn es gilt schon jetzt, die Weichen für die Wahlen Anfang 2028 zu stellen. Denn die Gemeinden sind das Rückgrat eines funktionierenden Landes. Die Tiroler Volkspartei leistet einen wichtigen Beitrag für eine belebte Gemeindepolitik.

Vorarlberg

Ergebnisse EU-Wahl,Nationalratswahl und Landtagswahl

Seit 2021 hat die Vorarlberger Volkspartei an mehreren Wahlen teilgenommen, darunter die Nationalratswahl 2024, die Landtagswahl 2024 und die Europawahl 2024. Hier sind die zusammengefassten Ergebnisse:

Europawahl 2024:

- **Stimmenanteil in Vorarlberg: 26,5 %**
- **Stimmenanzahl:** 36.657 Stimmen
- **Platzierung:** Erster Platz, vor der FPÖ mit 22,6 % (31.264 Stimmen)
- **Wahlbeteiligung:** 50,4 %

Bei der Europawahl verzeichnete die ÖVP einen Rückgang im Vergleich zu früheren Wahlen, konnte jedoch ihre Führungsposition in Vorarlberg behaupten.

Nationalratswahl 2024:

- **Stimmenanteil in Vorarlberg:** 29,2 %
- **Stimmenanzahl:** 57.334 Stimmen
- **Platzierung:** Erster Platz, knapp vor der FPÖ mit 27,2 % (53.417 Stimmen)
- **Wahlbeteiligung:** 71,8 %

Dieses Ergebnis zeigt einen Rückgang im Vergleich zu früheren Nationalratswahlen, wobei die ÖVP dennoch den ersten Platz behaupten konnte.

Landtagswahl 2024:

- **Stimmenanteil:** 38,3 %
- **Stimmenanzahl:** 70.638 Stimmen
- **Mandate:** 15 von 36 Sitzen
- **Platzierung:** Erster Platz, vor der FPÖ mit 28,0 % (51.639 Stimmen)
- **Wahlbeteiligung:** 68,1 %

Trotz eines Verlusts von über 5 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl konnte die ÖVP ihre Position als stärkste Kraft im Landtag behaupten.

Regierungsprogramm 2024

Das Regierungsprogramm der Vorarlberger Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) für die Jahre 2024 bis 2029, betitelt „Der Vorarlberger Weg – mit Mut und Verantwortung für unser Land“, legt die strategischen Prioritäten für die kommende Legislaturperiode fest. Die sieben zentralen Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Wirtschaftsförderung und Bürokratieabbau: Die Landesregierung plant, unternehmerische Initiativen zu stärken und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu optimieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Abbau von Überregulierungen, um Unternehmen mehr Freiraum für Innovation und Wachstum zu bieten.

2. Soziale Unterstützung und leistbares Wohnen: Es wird ein Ausbau der Unterstützungsangebote für Familien, insbesondere für Kinder psychisch erkrankter Eltern, angestrebt. Zudem steht die Sicherstellung von leistbarem Wohnraum im Fokus, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und allen Bürgerinnen und Bürgern angemessene Lebensbedingungen zu ermöglichen.

3. Bildungsreform und Fachkräfteentwicklung: Die Regierung setzt auf die Stärkung der dualen Ausbildung und den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung. Ziel ist es, die Qualifizierung von Fachkräften in allen Altersgruppen zu fördern und somit den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

4. Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik: Durch die Einführung eines „Strategiedialogs Wirtschaft & Umwelt“ sollen gemeinsame Strategien entwickelt und Marktpotenziale im Bereich Umwelttechnologien genutzt werden. Dies dient dem Ziel, ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlichem Fortschritt zu vereinen.

5. Sicherheitsmaßnahmen und Landesautonomie: Die Stärkung der inneren Sicherheit und ein klares Bekenntnis zur Eigenständigkeit Vorarlbergs stehen im Mittelpunkt. Dies umfasst sowohl den Ausbau polizeilicher Maßnahmen als auch die Förderung regionaler Identität und Selbstbestimmung.

6. Verkehrsinfrastruktur und Mobilität: Die Regierung plant Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, um Mobilität und Erreichbarkeit zu verbessern. Dies beinhaltet den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in urbanen Gebieten.

7. Gesundheitswesen und Pflege: Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung und der Weiterentwicklung von Pflegedienstleistungen. Ziel ist es, den Zugang zu medizinischer Betreuung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und den Pflegebereich zukunftssicher zu gestalten.

Diese sieben Punkte spiegeln die Kernanliegen des Regierungsprogramms wider und sollen die Weichen für eine positive Entwicklung Vorarlbergs in den kommenden Jahren stellen.

Klimaforum

Das Klimaforum der Vorarlberger Volkspartei wurde Ende 2021 als Denk- und Arbeitswerkstatt ins Leben gerufen, um den Klimaschutz in Vorarlberg aktiv voranzutreiben. Unter der Leitung von Obfrau Christina Hörburger, Landtagsabgeordnete und Umwelt- sowie Klimaschutzsprecherin der Volkspartei, verfolgt das Klimaforum das Ziel, umweltpolitische Themen zu fördern und konkrete Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels umzusetzen.

Die Arbeit des Klimaforums basiert auf vier zentralen Eckpfeilern:

1. Klimapolitische Maßnahmen vorantreiben: Entwicklung und Umsetzung effektiver Strategien zum Klimaschutz.

2. Klimaperlen vor den Vorhang holen: Präsentation und Förderung erfolgreicher Klimaschutzprojekte und -initiativen.

3. Themenarbeit innerhalb der Volkspartei: Integration von Klimaschutzthemen in die Parteiarbeit und Sensibilisierung der Mitglieder.

4. Menschen verbinden und vernetzen: Förderung des Austauschs zwischen verschiedenen Akteuren im Bereich Klimaschutz.

Im Jahr 2022 initiierte das Klimaforum das „Klimajahr 2022“ unter dem Motto „Klimaschutz als gemeinsame Verantwortung – für Vorarlberg und für uns“. Dabei wurden über 30 Veranstaltungen mit Klimabezug organisiert, um Bewusstsein zu schaffen und zum aktiven Mitmachen zu motivieren. Ein besonderes Augenmerk lag auf den sogenannten „Klimaperlen“, also erfolgreichen Beispielen für Klimaschutz und den Umgang mit dem Klimawandel, die als Inspiration dienen sollten.

Das Team des Klimaforums setzt sich aus engagierten Persönlichkeiten zusammen, darunter Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Fachleute aus verschiedenen Bereichen. Gemeinsam arbeiten sie daran, Umwelt- und Klimaschutzthemen in unterschiedlichen Sektoren wie Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Naturschutz, Mobilität und Gesundheit voranzutreiben und Vorarlberg nachhaltig zu gestalten.

Mit dem Klimaforum unterstreicht die Vorarlberger Volkspartei ihr Engagement für den Klimaschutz und die Bereitschaft, gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln.

Stand.Punkt

Stand.Punkt ist das offizielle Magazin der Vorarlberger Volkspartei. Es dient als Plattform, um aktuelle politische Themen, Projekte und Positionen der Partei zu präsentieren und mit der Öffentlichkeit zu teilen. Die erste Ausgabe wurde vor etwa zwei Jahren veröffentlicht und behandelte unter anderem Themen wie Kinderbetreuung und Chancengleichheit. Das Magazin erscheint in regelmäßigen Abständen und bietet Einblicke in die Arbeit der Vorarlberger Volkspartei sowie deren Engagement für die Weiterentwicklung des Landes Vorarlberg.

Sommerfeste und Neujahrsempfänge

Die Vorarlberger Volkspartei (ÖVP) veranstaltet regelmäßig Sommerfeste und Neujahrsempfänge, die als wichtige Plattformen für den Austausch zwischen Parteimitgliedern, Funktionärinnen und Funktionären sowie der Öffentlichkeit dienen.

Gemeindevertreterkongress

Die Vorarlberger Volkspartei hat mit dem „Forum Gemeindevertretung“ eine Initiative gestartet, um die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den Gemeinden zu intensivieren. Ziel dieses Forums ist es, den partnerschaftlichen Geist, der die Entwicklung Vorarlbergs prägt, weiter zu fördern und die Vernetzung zwischen den Gemeindevertreterinnen und -vertretern zu stärken.

Voller Einsatz für ein besseres, sichereres und gerechteres Wien

Mit dem Landesparteitag der Wiener Volkspartei am 20. Mai 2022 wurde ein starkes Signal gesetzt: Karl Mahrer und sein Team wurden gewählt, um Wien mit voller Kraft nach vorne zu bringen. Seither arbeitet die Wiener Volkspartei als stärkste Oppositionspartei konsequent daran, Missstände in der Stadtregierung aufzudecken und Lösungen für die Wienerinnen und Wiener zu erarbeiten.

Kontrolle der Stadtregierung

Bereits wenige Monate nach dem Landesparteitag geriet die rot-pinke Stadtregierung in den nächsten Finanzskandal: Die dramatische Schieflage von Wien Energie im Sommer 2022 offenbarte die eklatante Misswirtschaft der Stadtregierung. Die Wiener Volkspartei forderte sofortige Aufklärung, volle Transparenz und setzte durch, dass eine Untersuchungskommission zur SPÖ-Finanzaffäre eingerichtet wurde.
Auch im darauffolgenden Jahr zeigte sich, dass unsere Kontrolle mehr als notwendig bleibt: Die Causa Minibambini, bei der Missstände in Wiener Kindergärten ans Licht kamen, offenbarte gravierende Versäumnisse. Die Wiener Volkspartei setzte sich für die betroffenen Familien ein und unterstützte sie aktiv, indem neue Kindergartenplätze vermittelt wurden.

Für ein besseres Wien – die große Mitmach-Kampagne

Mit der breit angelegten Bürgerbeteiligungskampagne „Für ein faires, sicheres und leistbares Wien“ setzte die Volkspartei Wien neue Maßstäbe. Dabei standen folgende Schwerpunkte im Fokus:

- Gegen Sozialmissbrauch – für ein faires Wien, in dem soziale Sicherheit denjenigen zugutekommt, die sie wirklich brauchen.

- Gegen Problemviertel – für ein sicheres Wien, in dem Sicherheit und Ordnung wieder an Bedeutung gewinnen.

- Gegen Verschwendung – für ein leistbares Wien, in dem Steuergeld sinnvoll eingesetzt wird.

Mit dieser Kampagne wurden tausende Bürgerinnen und Bürger aktiv eingebunden, um gemeinsam Lösungen für die drängendsten Probleme Wiens zu erarbeiten.

Integration, Migration und Bildung – Hinschauen statt Wegschauen!

Über die vergangene Legislaturperiode hinweg hat sich die Wiener Volkspartei besonders für eine klare sowie sinnvolle Integrationspolitik eingesetzt. Während die Stadtregierung Probleme verdrängt und Verantwortung abschiebt, setzt die Wiener Volkspartei auf „Hinschauen statt Wegschauen!“ – insbesondere in den Bereichen Migration, Integration und Bildung. Deutsch ist und bleibt die wichtigste Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weshalb die Volkspartei schon damals wie heute fordert: „Deutsch ist Pflicht!“

Der „Wiener Herbst“ als neues Stadtfest

2023 wurde mit dem „Wiener Herbst“ ein neues Veranstaltungsformat etabliert, das als geistiger Nachfolger des Wiener Stadtfests eine Plattform für Kultur, Musik und gesellschaftlichen Austausch bietet. Damit wird den Wienerinnen und Wienern jedes Jahr ein hochwertiges Event geboten, das Tradition und Moderne verbindet.

Für alle, die anpacken – Einsatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien und Ehrenamt

Von Herbst 2023 bis Anfang 2024 wurde mit der Leistungskampagne „Für alle, die anpacken“ ein besonderes Augenmerk auf jene Menschen gelegt, die Wien am Laufen halten – ob im Job, in der Familie oder im Ehrenamt. Mit zahlreichen Betriebsbesuchen wurden gezielt die Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Fokus genommen.

Gürtel neu denken – Beteiligungsverfahren gestartet

Seit Anfang 2024 läuft das Projekt „Gürtel neu denken“, bei dem Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung dieses wichtigen Wiener Stadtgebiets eingebunden werden. Das Ziel: Ein moderner, sicherer und lebenswerter Gürtel.

EU-Wahl, Nationalratswahl

Neben der Arbeit in der Stadtpolitik wurden die Wahlkämpfe der Bundespartei durch maßgeschneiderte sowie akribisch geplante Wahlkämpfe der Wiener Volkspartei flankiert:

- EU-Wahl 2024: Mit Kasia Greco als Spitzenkandidatin setzte die Wiener Volkspartei auf eine engagierte und kompetente Vertreterin für Wien in Europa.

- Nationalratswahl 2024: Romana Deckenbacher führte als Spitzenkandidatin die Wiener Volkspartei in die entscheidende Wahl um die Zukunft Österreichs.

„Reden wir über Wien“ – Karl ruft zurück

Mit der Initiative „Reden wir über Wien“ geht Karl Mahrer direkt auf die Menschen zu: Anliegen, Sorgen und Ideen der Wienerinnen und Wiener wurden gehört, ernst genommen und direkt in politische Arbeit umgesetzt. Durch die Plakatierung einer eigenen Call-Karl-Hotline hatten die Wienerinnen und Wiener die Chance, direkt mit Karl ins Gespräch zu kommen.

Wien-Wahl 2025

Unter dem Motto „Wien bleibt Wien“ startete die Wiener Volkspartei in den Wien-Wahlkampf 2025 und stellt klar, dass Wien seine Identität bewahren muss – gegen ideologische Experimente und verfehlte Stadtpolitik. Denn: Wien bleibt Wien – aber nur mit der Volkspartei besser, sicherer und gerechter!

Deutsch ist Pflicht – Integration braucht Sprache

Die aktuellen Zahlen aus den ersten Klassen in Wiens Volksschulen sind alarmierend: Mehr als die Hälfte aller Kinder in der 1. Volksschule sprechen kein Deutsch – 60% davon sind in Österreich geboren! Diese sowie weitere erschreckende Tatsachen konnten durch die detailversessene Arbeit unserer Abgeordneten ans Licht gebracht werden. Mit unserem Deutschförderplan gaben wir den Wienerinnen und Wienern ein klares Versprechen: Mit dem Deutschförderplan der Wiener Volkspartei wird in 5 Jahren jedes hier geborene Kind zum Schuleintritt Deutsch beherrschen.

„Bitte Pssst“

Mit der Guerilla-Kampagne „Bitte Pssst“ wurde auf die gleichnamigen Flyer der Stadt Wien Bezug genommen, die das laute Sprechen in Gastgärten untersagten. Unsere Botschaft war aber eine andere: Die links-linke Stadtregierung schweigt die Probleme tot, die die Wienerinnen und Wiener jeden Tag erleben. Messer-Gewalt? Bitte Pssst! Gesundheits-Notstand? Bitte Pssst! Bildungschaos? Bitte Pssst!

Die Wiener Volkspartei bleibt die konstruktive Oppositionskraft in der Stadt. Mit klaren Schwerpunkten, Bürgerbeteiligung und Kontrolle der Stadtregierung setzt sich Karl Mahrer mit seinem Team für ein besseres, sichereres und gerechteres Wien ein. Die kommenden Jahre sind entscheidend – und die Wiener Volkspartei wird weiterhin mit voller Kraft für die Wienerinnen und Wiener arbeiten!

Fazit

Voller Einsatz für ein besseres, sichereres und gerechteres Wien!